

Niederschrift über die Verhandlung  
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales  
des Gemeinderats  
vom 1. Dezember 2020

öffentlich

§ 389

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2021  
für den Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in § 396 der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 02. Dezember 2020 aufgeführt.

Erster Bürgermeister Bendel führt mithilfe einer PowerPoint-Präsentation in den Entwurf des Haushaltsplans 2021 und die Mittelfristige Finanzplanung 2020-2024 ein.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, bezeichnet den Fachbereich Bildung und Soziales als Schwerpunktausschuss, sowohl bei den Themen als auch bei den Finanzen. Es gehe um 161 Millionen Euro und in den vergangenen 10 Jahren seien rund 50 Millionen Euro jährlich zusätzlich eingebracht worden. Nun stehe die Stadt finanzpolitisch an einem Scheidepunkt. Obwohl Ulm robust sei, plädiere er dafür, Maß zu halten. Für 2021 werde mit einem Defizit und keinen Hilfsprogrammen des Bundes und des Landes gerechnet.

Die Stadt Ulm verdanke ihre gute Situation dem rechtzeitigen Maßhalten der vergangenen 25 Jahre. Wenn nun ein erster Schritt der Überprüfung der Aufgaben und Kosten gegangen werde, müsse jeder vorgeschlagenen Mehrausgabe ein Finanzierungsvorschlag aus dem betreffenden Budget gegenübergestellt werden.

## **1. Teilergebnishaushalt**

Stadtrat Münch (CDU/UfA) bestätigt die Bedeutung des Fachbereichs Bildung und Soziales

mit seinen wichtigen Themen. Der Soziale Wandel erfordere den Ausbau der **Kinderbetreuung**, welcher viele Kosten verursache. In den Kindertageseinrichtungen und Schulen werde den Kindern vermittelt, wie sie ihr Leben eigenverantwortlich in der Gesellschaft gestalten könnten. Es sei gerechtfertigt, für diese zentralen Themen Schulsanierungen, Digitalisierung und Verbesserung der Betreuung so viel Geld auszugeben. Eine kleine Kompensation zu den gestiegenen Kosten stelle die Steigerung der Einkommenssteuer dar.

Die **Familien** stellten das Herzstück der Gesellschaft dar und stünden in Corona-Zeiten vor großen Herausforderungen. Der Umgang mit Medien und Erziehungsfragen erzeugten Beratungsbedarf. Für Familien mit besonderen Herausforderungen werde ein Konzept mit passenden Bausteinen, in Form von individueller Förderung oder Elternarbeit, für die entsprechenden Kindertageseinrichtungen gefordert. Dafür seien nach einem Antrag der SPD-, der GRÜNE- sowie der CDU/UfA-Fraktion 100.000 Euro beantragt worden, um auch die Kinderarmut mit Blick auf die Bildung zu verhindern.

In einem weiteren Antrag werde gemeinsam mit der SPD-Fraktion beantragt, die Kürzung der Kinder- und Familienzentren um je 5.000 Euro zurückzunehmen, da auch dort die Familien unterstützt würden. Sowohl die städtischen als auch die anderen Träger hätten signalisiert, dass die 5.000 Euro für eine gute Arbeit notwendig seien.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) erkundigt sich nach Informationen zur Neuschaffung einer 0,75 %-Stelle beim Familienbüro auf Seite 179 der GD 901/20.

Bürgermeisterin Mann teilt mit, dass der Stellenzuwachs im Familienbüro für die Weiterentwicklung des Kita-Portals zur Evaluierung der Daten vorgesehen sei.

Stadtrat Dr. Kochs (FWG) spricht von sehr ungewohnten Haushaltsplanberatungen in diesem Corona-Jahr. Zum ersten Mal in ihrer Zeit im Gemeinderat müsse im Haushalt ein negatives Ergebnis, voraussichtlich in Höhe von 14 Millionen Euro, akzeptiert werden und Jahre der Konsolidierung stünden bevor.

Die mit den Eckdaten beschlossene Kürzungsvorgabe der sonstigen Budgetfortschreibung um 1,5 Millionen € sei auch im Teilhaushalt Bildung und Soziales ablesbar und teilweise sehr schmerzhaft.

Der Zuschussbedarf für die **Kinderbetreuung** steige um 2,8 Mio € auf 38,2 Mio € und die Schulkindbetreuung um 400 T € auf 9,7 Mio. €. Dabei handle es sich um überaus wichtige und berechnete Ausgaben. Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte hätten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer bedeutsamer gemacht. Diese liegt sowohl im individuellen Interesse der meisten Familien als auch im Interesse der Gesamtgesellschaft, allen voran der sozialen Sicherungssysteme und der Wirtschaft, die auf die Mitarbeit der oft gut ausgebildeten Frauen und Männer nicht verzichten könnten.

Als Konsequenz daraus würden entsprechend der gestiegenen Nachfrage die Angebote im Bereich Betreuung, Bildung und Erziehung kontinuierlich ausgebaut. Als darauf aufbauende Entwicklung komme die schnell anwachsende Betreuung der Schulkinder inklusive Mittagsverpflegung hinzu.

Ulm habe sehr hohe Qualitätsansprüche an die Förderung, Erziehung und Betreuung der Kinder, die immer mehr Zeit in den öffentlichen Einrichtungen und immer weniger in ihren Familien verbringen würden. Besonders bedeutsam sei dies für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und benachteiligten Familien, die nur dadurch eine Chance auf schulischen und später beruflichen Erfolg erhielten.

Vor diesem Hintergrund sei fraktionsübergreifend im September ein Antrag auf ein **Förderprogramm für Kitas mit hohem Anteil an Familien mit Unterstützungsbedarf** gestellt worden. Ein Konzept zu diesem Thema sei 2020 als Schwerpunktthema vorgesehen dann aber zurückgestellt worden. Diese Diskussion sollte 2021 aufgenommen und entsprechende Maßnahmen, möglichst aus Mitteln des "Gute-Kita-Gesetzes", in die Wege geleitet werden.

Dem Antrag der CDU-, SPD- und GRÜNEN-Fraktion auf 100.000 € für den Haushalt 2021 für diese Förderung habe sich die FWG-Fraktion aus Gründen der Haushaltsdisziplin und um der Diskussion nicht vorzugreifen nicht angeschlossen.

Da die **Kinder-und Familienzentren** auch in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielten, sehe es ihre Fraktion als kontraproduktiv an, deren Zuschuss zu kürzen und habe den Antrag auf Erhalt des Status Quo gestellt.

Bei der **Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen** ergebe sich nach dem Haushaltsplan ein städtischer Zuschussbedarf in Höhe von 4,5 Mio €. Nach der letzten Änderungsliste seien vom Bund noch 3,4 Mio € zusätzlich für Kosten der Unterkunft in die Stadtkasse geflossen. Sie fragt, ob dies auch die Unterbringung der Flüchtlinge betreffe und ob sich infolge dessen der Zuschussbedarf reduzieren werde.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) betont, die **Corona-Pandemie** werde die Gesellschaft noch lange beschäftigen und zeige Schwächen des Systems auf. Schulöffnungen seien wichtig, auch um die Betreuung zu gewährleisten, damit die Wirtschaft am Laufen bleibe, aber auch um die Bildungsschere nicht weiter aufgehen zu lassen. Bildungsgerechtigkeit sei auch ohne Corona noch weit entfernt.

Die **Schulen und Kindertageseinrichtungen** müssten widerstandsfähig gemacht werden. Dazu gehöre mit hoher Priorität die Digitalisierung der Schulen und es sei ihm positiv aufgefallen, dass dafür sechs Stellen geschaffen worden seien. Es müssten die Hard- und die Software, aber auch die Inhalte, an diese veränderte Situation angepasst werden. Zudem müssten Lösungen für Kinder in benachteiligten Situationen gefunden werden. Dort wo es nötig sei, sollte die Anschaffung von Luftfiltern ins Auge gefasst werden.

Die ebenfalls besonders von Corona betroffenen **Älteren** sollten kein Besuchsverbot in den Einrichtungen mehr erleben und für die in häuslicher Umgebung Lebenden müssten Test- und Impfstrategien entwickelt werden.

Die GRÜNE-Fraktion stimme Erstem Bürgermeister Bendel zu, mehr Haushaltsdisziplin walten zu lassen und das Wachsen der Aufgaben zu kontrollieren. Auch bei einer künftigen Konsolidierung müssten immer die Investitionen in Bildung und Prävention vorgenommen werden, um Folgekosten zu vermeiden.

Die **Sozial- und Jugendhilfe** in Ulm schneide im Städtevergleich sehr gut ab, welches aus der Präventionsarbeit resultiere. Ärgerlich sei, dass die Vorgehensweise beim Integrationspakt immer noch nicht feststehe. Ulm sollte bereit sein, wieder mehr **Geflüchtete** aufzunehmen, da die Not in deren Länder nicht geringer werde.

Ulm sei in der **Kinderbetreuung** qualitativ gut aufgestellt, leider fehlten noch einige Plätze. Eine gute Kinderbetreuung zähle zu einem wesentlichen Standortfaktor, der einen Beitrag zur Wirtschaftskraft leiste.

Oberbürgermeister Czisch stellt klar, **Kinderbetreuung** sei keine Wirtschaftsförderung. Ihm bereite Sorge, ob diese künftig in Höhe von 50 Millionen Euro aus den 260 Millionen Einnahmen ohne Einschränkungen an anderer Stelle bestritten werden könne. Er empfiehlt eine Prüfung, an welcher Stelle welche Standards angemessen seien.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) bestätigt, dass Ulm resilient dastehe und sieht einen Grund in der sozialen Stadtpolitik. Betreuung, Sport und Soziales sollten als großes Pfund bewahrt und entwickelt werden.

Seine Fraktion bedanke sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern und den städtischen Mitarbeitenden, die während der **Pandemie** viel Ausdauer gezeigt und gute Arbeit geleistet hätten. Er freue sich, dass das große Budget des Fachbereichs Bildung und Soziales sichergestellt werden könne. Für Menschen mit weniger Widerstandskräften müsse versucht werden, Hilfe zu leisten.

Er sei froh, dass nun endlich der **Digitalpakt** umgesetzt werde und möchte wissen, wie viel der bestellten Endgeräte bereits angekommen seien und wie diese an die Schülerinnen und Schüler verteilt werden sollten. Dies habe besondere Bedeutung im Hinblick auf den Hybridunterricht, der voraussichtlich noch länger praktiziert werden müsse. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Thema Luftreinigung. Von zahlreichen Dingen des Fachbereichs Bildung und Soziales profitiere auch die Wirtschaft der Stadt.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) verweist darauf, dass im Fachbereich Bildung und Soziales die meisten Themen behandelt würden und gerade in diesem Jahr habe viel geleistet werden müssen. Sie bedankt sich bei den städtischen Mitarbeitenden für das Krisenmanagement bei der **Kinderbetreuung** im Frühjahr.

Mit Hilfe der vorliegenden Anträge sei vorgesehen, mehr Chancengleichheit zu erreichen. Das Geld, das dafür nun ausgegeben werde, könne später bei den Sozialleistungen eingespart werden. Die **Kinder- und Familienzentren** stärkten die Elternarbeit und in den Kindertageseinrichtungen sollte das bereits vorhandene Konzept umgesetzt werden. Die 100 %-Stelle für eine **Familienhebamme** sei für eine Stadt wie Ulm nicht zu hoch angesetzt, nachdem das Thema Kinderschutz immer mehr Fahrt aufgenommen habe.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) geht auf die Kosten der **Kinderbetreuung** ein, die 23 % des Budgets des Fachbereichs Bildung und Soziales betragen würden. Ihrer Meinung nach sollten die Verwaltung und der Gemeinderat stolz darauf sein, den Bedarf der Eltern und Familien bedienen und die entsprechende Betreuung zur Verfügung stellen zu können.

Unter den Aspekten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung benachteiligter Kinder und größtmöglicher Integration, sollte dieser Bereich noch weiter ausgebaut werden.

Der Fachbereich Bildung und Soziales sei sehr personalintensiv und ein Drittel der Kosten des Budgets müssten dafür eingesetzt werden. Dies wundere sie nicht, da es bei dieser Arbeit um zwischenmenschliche Beziehungen gehe, wofür gutes Personal benötigt werde.

Sie betont, dass gemeinsam hingeschaut werden müsse, wie viel Personal, für welche Aufgaben, zu welchem Preis, benötigt werde.

Bei der Kinderbetreuung handle es sich um keine freiwillige Aufgabe, sondern die Kommunen seien verpflichtet, diese zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) stellt klar, dass die Arbeitskraft gut ausgebildeter Frauen und Männer in der Familienphase die Grundlage des städtischen Wohlstands seien. Dieser sei in gleichem Maße wie die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** gestiegen und von der Kommune organisiert worden, welches eine Menge Geld koste. Allerdings gebe es keine Alternative dazu. Verwaltungstechnisch sei es nicht möglich, dies als Wirtschaftsförderung zu verbuchen, mental dagegen schon.

**Luftfilter für die Schulen** sollten nur dort angeschafft werden, wo nicht genügend gelüftet werden könne. Dies seien seiner Meinung nach maximal fünf Schulen in der Stadt, über die zu einem späteren Zeitpunkt noch geredet werden müsse.

Stadtrat Wischmann (FDP) geht darauf ein, dass der Ergebnishaushalt ein Minus von 14 Millionen Euro aufweise und das Ergebnis der Mittelfristigen Finanzplanung bei einer Reduzierung der Investitionen 250 Millionen Euro Schulden betragen werde.

Mit Corona habe das Ganze wenig zu tun. Das Problem sei, dass der Trend dahin gehe, Jahr für Jahr negative Ergebnisse zu erzielen. Dies sei das Schlimmste für ein Unternehmen.

Ein Beispiel, bei dem er sich vorstellen könne, dass Gelder eingespart werden könnten, sei das **Naturkundliche Bildungszentrum**, für das jährlich über 500.000 Euro, im Jahr 2019 für 7400 Besucherinnen und Besucher, ausgegeben worden seien. Damit werde jeder Besuch mit 70 Euro bezuschusst. Bevor überall geknapst werden müsse, spreche er sich dafür aus, sich als Perspektive von einer Aufgabe zu trennen, auch wenn dies weh tue.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) hält Corona-Schnelltest in den **Gemeinschaftsunterkünften** für wichtig und fragt, wie die Vorgehensweise bei Neuankommenden sei.

Bürgermeisterin Mann bestätigt, dass die gestellten Anträge alles andere als unsinnig seien. Trotzdem sei im ersten Jahr der negativen Budgetfortschreibung versucht worden, als Fachbereich dort den Beitrag zu bringen, wo Leistungen nicht komplett in Frage gestellt werden müssten. Die Vorschläge seien nicht schön, würden aber keine grundsätzlichen Strukturen zerschlagen.

Selbstverständlich stünden **bestimmte Kindertagesseinrichtungen** vor großen Herausforderungen, aber zusätzliche Leistungen müssten möglicherweise in ein oder zwei Jahren wieder zurückgenommen werden. Dies gelte auch für die **Kinder- und Familienzentren**. Mit 5.000 Euro weniger werde kein Kinder- und Familienzentrum schließen müssen und selbstverständlich könnten mit zusätzlichen 5.000 Euro mehr Angebote gemacht werden.

Bei den **Geflüchteten** seien die 4,8 Millionen Euro Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus gedacht. Somit zeige dieses Geld keinen Effekt.

Bei der **Digitalisierung** sei vorgesehen, von April 2019 bis 2024 vierzehn Millionen Euro zu investieren. Die Soforthilfeprogramme seien komplett abgerufen worden. Es sei gelungen, 3000 Geräte zu erhalten, die ab den Herbstferien eingesetzt werden könnten. Ipads seien bis April nächsten Jahres in größerer Stückzahl nicht zu bekommen. Durch die schnelle Umsetzung gebe es von den Schulen keine Rückmeldungen mehr, dass es zu Engpässen bei den Endgeräten komme.

Experten rechneten damit, dass ein Drittel der Anschaffungskosten jährlich für Wartung und Unterhalt ausgegeben werden müssten. Dies werde künftig laufende Ausgaben zunächst für die Kommunen bedeuten. Sie sei dankbar für die Stellen bei der Abteilung Bildung und Sport, um für den Support und die Wartung professionell aufgestellt zu sein.

Sie könne die Bestrebungen nach einer 100%-Stelle als **Familienhebamme** nachvollziehen, empfehle jedoch nicht aufzustocken, da der Gesamtbedarf auch damit nicht abgedeckt werden könne. Es handle sich dabei um eine Aufgabe des Gesundheitssystems und sie rät davon ab, eine Parallelstruktur in größerem Umfang aufzubauen.

Herr Semler, der Leiter der Abteilung Bildung und Sport, teilt mit, dass bereits seit Wochen ein enger Kontakt zu allen Schulleitungen bestehe und jedes der rund 1.300 Klassenzimmer und jeder der Fachräume einzeln kontrolliert worden seien und es sich herausgestellt habe, dass an drei Schulen die **Lüftungsanlagen** gemeinsam mit dem Zentralen Gebäudemanagement nochmals inspiziert werden müssten. Dabei handle es sich vor allem um Fachräume in den Schulzentren ohne Fenster. Dort werde versucht, die vorhandenen Lüftungsanlagen entsprechend hochzufahren und ggf. erforderliche Reparaturen vorzunehmen. Bei dieser Abfrage seien auch Räume, bspw. Kellerräume, bekannt geworden, die für pädagogische Zwecke gar nicht vorgesehen und geeignet seien. Teilweise seien diese Räume aufgrund von Brandgefahr oder fehlenden Rettungswegen geschlossen worden. Nun müssten andere Lösungen gefunden werden.

Oberbürgermeister Czisch bestätigt, dass es sich um Einzelfalllösungen handle.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) möchte wissen, ob tatsächlich fast kein Luftfilterbedarf bestehe. Es sei erfreulich, dass Kellerräume bei Bedarf geschlossen worden seien und er erkundigt sich, was die Stadt als Schulträgerin für den Hybridunterricht unternehmen müsse und wie dieser vorgesehen sei.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, dass Stoßlüften durch nichts anderes ersetzt werden könne. Bei den Lüftungsgeräten gebe es unterschiedliche Interpretationen.

Herr Semler, gibt bekannt, dass viele Schulleitungen gar keine Lüftungsgeräte wollten, da diese viel Platz benötigten, Lärm verursachten und das Stoßlüften nicht ersetzten.

Er warte gegenwärtig immer noch auf die Corona-Verordnung Schule.

Zwar stünden zwischenzeitlich die erforderlichen **Endgeräte** für einen Hybridunterricht zur Verfügung, allerdings fehlten oft noch die Bildungsprogramme. Zudem mangle es an den mobilen Endgeräten für die Lehrerschaft. Diese Geräte müssten von den Schulträgern beschafft werden, da sie auch in das städtische Netz implementiert werden müssten.

Gegenwärtig verfüge die Stadt über rund 30 Geräte mit Mobilfunkkarten für Familien ohne Internetanschluss.

## 2. Teilfinanzhaushalt

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) freut sich über die Mittel für die **Aufstockung des Übernachtungsheims** und sie erkundigt sich nach dessen Planungen. Ihrer Fraktion sei es ein Anliegen, die 2-3 **Sanierungen von Toilettenanlagen an Schulen** jährlich zu erhöhen.

Herr Krämer, der Leiter der Abteilung Soziales, verweist auf die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe, nach der eine **Aufstockung des Übernachtungsheims** für Wohnungslose auf 3,7 Millionen geschätzt worden sei. Das Zentrale Gebäudemanagement und die Abteilung Soziales hätten daraufhin den Prüfauftrag erhalten, sich das Vorhaben nochmals genauer anzuschauen und zu überlegen, welche anderen Möglichkeiten es gebe. Das Zentrale Gebäudemanagement habe nun ein Konzept für eine kleine Lösung ohne Aufstockung mit guten Möglichkeiten für die Wohnungslosen vorgelegt. Nach dem Umzug der Caritas Ulm-Alb-Donau in die Bessererstrasse und mit dem neuen Fallmanagement werde für die Wohnungslosenhilfe 2020 und 2021 ein Gesamtkonzept entwickelt.

Die nun vorliegende kleine und wesentlich günstigere Lösung beinhalte dieselben Möglichkeiten, wie die bisher vorgesehene. Er gehe davon aus, dass diese bis zum Frühjahr umgesetzt werden könne.

Oberbürgermeister Czisch versichert, dass die Verwaltung an diesem Thema dran sei. Leider könne das Nachbargebäude des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in der Frauenstraße aufgrund des Denkmalschutzes nicht mitgenutzt werden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) bestätigt, dass seit Jahren eine Lösung für diese Problematik gefordert werde. Klar sei, dass die Schuld nicht bei der Verwaltung, sondern an den unterschiedlichen Vorschlägen des DRKs liege.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) berichtet von positiven Rückmeldungen zur Zusammenarbeit des DRKs und des Zentralen Gebäudemanagements. Sie bittet darum, mit der Caritas Ulm-Alb-Donau nochmals Gespräche zu führen.

Bürgermeisterin Mann teilt mit, dass die Notwendigkeit für eine Aufstockung der Caritas Ulm-Alb-Donau nicht gesehen werde. Sie hoffe, dass der Antrag rechtzeitig eingehen werde und verweist ebenfalls auf das im vergangenen Jahr verabschiedete Konzept mit einer Aufstockung der Hausleitung.

Für die **Familienbildungsstätte Ulm e.V. (fbs)**, als Keimzelle der Familienarbeit, vermisst Stafrätin Dr. Graf (CDU/UfA) in der Mittelfristigen Finanzierung bis 2025 Gelder für die Sanierung und Erweiterung des Gebäudes der fbs, obwohl in der Investitionsstrategie 2023 100.000 Euro eingestellt worden seien.

Erster Bürgermeister Bendel gibt zur Modernisierung des Gebäudes der Sattlergasse 2-4 bekannt, dass 200.000 Euro im Haushalt 2021 auf der Seite 127 der GD 901/20, beim Budget der Abteilung Bürgerdienste enthalten seien. In den kommenden drei Jahren handle es sich um insgesamt 1,7 Millionen Euro für die Modernisierung des Gebäudes.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) erkundigt sich nach der Änderung, Instandsetzung und Unterhaltung Infrastruktur auf Seite 178 der GD 901/20.

Herr Hitzler (Zentrales Gebäudemanagement) unterrichtet, dass es sich auf Seite 178 um Abschreibungen für zusätzliche Gebäude handle.

### **3. Zuschussverzeichnis**

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) möchte wissen, weshalb sich die Zuschüsse für **Sport** in vereinseigenen Anlagen von 398.000 auf 384.000 € verringert hätten.

Einen sehr strittigen Punkt stelle die **Indexierung** der Zuschüsse vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage und zukünftiger Konsolidierungen dar. Der Vorschlag der Verwaltung auf Erhöhung um 1,5 %, beschränkt auf eine Auswahl weniger Maßnahmen, sei sicherlich schon ein weitreichender Schritt, gehe der großen Mehrheit der FWG-Fraktion jedoch nicht weit genug. Sie stimmten dafür, die Indexierung für das Jahr 2021 komplett auszusetzen.

Beim **Sport** handle es sich um eine reale Reduzierung, lässt Bürgermeisterin Mann wissen. In den letzten Jahren sei bei der Sportausstattung der Nachholbedarf aufgeholt worden und es werde davon ausgegangen, dass die Reduzierung ohne massive Auswirkungen auf das Sportangebot verkraftet werden könne.

Stadträtin Münch (CDU) begrüßt, dass für die **Indexierung** Kriterien entwickelt worden seien. Allerdings sollten ihrer Meinung nach die Schulsozialarbeit und die Beratungseinrichtungen ebenfalls mit einbezogen werden.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) teilt mit, seine Fraktion teile den Ansatz, genau hinzuschauen, welche Einrichtungen durch Corona besonders belastet seien und eine andere Zuschuss-Bewertung haben müssten. Dies werde unter dem Aspekt der knappen Gelder mitgetragen.



Stadtrat Dr. Süslü (SPD) teilt mit, dass er sich bei der Indexierung gewünscht hätte, auf 2 % zu gehen, da die pandemische Situation gerade für viele Beteiligte sehr schwierig sei. Die in der Stadt relativ hohe Armut zeige sich auch in der Krise und müsse beherrscht werden.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) bedauert ebenfalls, dass die Indexierung nicht 2 % betrage und wundert sich, weshalb die Schulsozialarbeit nicht enthalten sei.

Stadtrat Eichhorn (FWG) sieht die Gründe für die gute Finanzlage der Stadt in der vernünftigen und realistischen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre. In einer Krise müsse dieser Rechnung getragen werden und er begrüße eine sanfte Bremsung. Die Auswirkungen der Pandemie seien noch nicht abzusehen und so verstehe er den Wunsch nach einer Indexierung und die getroffene Auswahl nicht. Seine Fraktion werde bis auf eine Ausnahme gegen eine Indexierung stimmen.

Zur Vermeidung einer weiteren Personalaufstockung müsse seiner Meinung nach eine Sperre eingebaut und an die Haushaltsdisziplin gedacht werden.

Stadtrat Wischmann (FDP) verdeutlicht, bei einer Indexierung von 2 % würde diese über der Inflationsrate von 1,5 % liegen. Eine Indexierung in Höhe von 1,5 % und für bestimmte Einrichtungen werde er gerne mittragen.

Die Indexierung werde für Einrichtungen vorgeschlagen, bei denen durch Corona Härten aufgetreten seien, lässt Bürgermeisterin Mann wissen. Bei der Schulsozialarbeit seien keine gestiegenen Kosten durch besondere Belastungen zu verzeichnen gewesen.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) teilt für ihre Fraktion mit, dass sie sich für eine Indexierung von 1,5 % ausspreche, um die gestiegenen Personal- und Energiekosten der entsprechenden Einrichtungen zu decken, da diese die Stadt bei der Aufgabenerfüllung unterstützten. Sie befürworte eine Einzelfallbetrachtung für das kommende Jahr, um die Angebote noch gezielter zu fokussieren.

Sie geht auf den **Förderkreis für werdende Mütter in Bedrängnis e.V.** ein, der neue Räume erhalten habe und bei dem sich eine Finanzierungslücke zeige.

Oberbürgermeister Czisch teilt mit, dass sich herausgestellt habe, dass die Miete auf der selben Höhe bleiben werde und dagegen Gelder für den Umzug benötigt würden. Mit dem Ältestenrat sei vereinbart worden sei, dem Verein im Verwaltungsvollzug die Kosten des Umzugs von rund 8.000 Euro bis 10.000 Euro zu erstatten.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) verdeutlicht, beim Förderkreis für werdende Mütter in Bedrängnis e.V. gehe es neben dem Umzug auch um die dauerhafte Förderung der Einrichtung.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) bittet die Verwaltung, mit dem Förderkreis für werdende Mütter in Bedrängnis e.V. in Kontakt zu treten und zu klären, inwieweit die Finanzierung für diese wichtige Arbeit gesichert sei.

Oberbürgermeister Czisch verspricht, dass dies geklärt werde.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) geht auf das **Selbsthilfebüro Korn e.V.** ein und bittet um Hilfe bei der Suche nach neuen Räumen und die entsprechende Finanzierung.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) kündigt die Unterstützung ihrer Fraktion für diesen Antrag an.

Bürgermeisterin Mann lässt wissen, dass dem Verein entsprechende neue Räume angeboten worden seien. Seit einigen Jahren habe der Verein auch die Möglichkeit, die Räume von "engagiert in Ulm" in der Radgasse für Sprechzeiten zu nutzen. Die Frage sei, ob das Selbsthilfebüro Korn e.V. dauerhaft eigene neue Räume benötige, unabhängig von der Bedeutung des Vereins.

Oberbürgermeister Czisch hält fest, dass auch die Verwaltung das Anliegen unterstütze, jedoch der erforderliche Umfang noch geklärt werden müsse.

Erster Bürgermeister Bendel informiert zur **Indexierung** der Zuschüsse an soziale, kulturelle und andere Einrichtungen, dass als Kriterien für eine Zuschusserhöhung hohe Fixkosten oder coronabedingte Ertragseinbußen genommen worden seien. Die Schulsozialarbeit falle seiner Meinung nach nicht unter diese Kriterien. Von der Verwaltung werde eine Indexierung von 1,5 % vorgeschlagen, da sich diese ggf. an der Inflationsrate orientieren solle. Voraussichtlich werde die Inflationsrate bei knapp unter 1,5 % liegen.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) weist darauf hin, dass bei der Schulsozialarbeit hohe Personalkosten zu verzeichnen seien.

Stadtrat Eichhorn (FWG) spricht sich gegen eine Indexierung aus, da es sehr schwierig sei, festzustellen, was gerechtfertigt sei und was nicht.

#### **4. Gemeinderats-Anträge zum Haushaltsplan 2021**

Der Antrag von Stadträtin Münch (CDU/UfA), die **Schulsozialarbeit** in die Liste der Einrichtungen für eine Indexierung aufzunehmen, wird mit Stimmenmehrheit (bei 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen)

angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf eine **Indexierung in Höhe von 2 Prozent**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen)

abgelehnt.

Der Vorschlag der Verwaltung, auf eine **Indexierung bestimmter Einrichtungen, einschließlich der Schulsozialarbeit, um 1,5 %**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen)

angenommen.

Der Antrag der CDU/UfA-, der SPD- und der GRÜNE-Fraktion, für ein **Förderprogramm für Kindertageseinrichtungen mit hohem Anteil von Familien mit Unterstützungsbedarf**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen)

angenommen.

Die Anträge der FWG-, der CDU/UfA- und der SPD-Fraktion, den Zuschuss der **Kinder- und Familienzentren** nicht zu kürzen, wird mit Stimmenmehrheit (bei 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf eine **Familienhebamme** mit einem Stellenumfang von 100 % wird mit Stimmenmehrheit (bei 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) bittet darum, im kommenden Jahr die Einrichtungen mit Einzelfallbetrachtungen zu begleiten und darauf zu achten, dass durch die Pandemie keine Angebote verloren gingen. Dazu gehöre auch, die Aufgabenstellung und die personelle Ausstattung in Frage zu stellen.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Dr. Graf an und betont die Bedeutung der Präventionsarbeit.

Bürgermeisterin Mann kündigt an, dass zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben an verschiedenen Stellen Einschränkungen gemacht werden müssten. So könne künftig die Krebsberatungsstelle nicht mehr unterstützt werden. Sie verweist darauf, dass es gegenwärtig erst um das erste Jahr des Sparens von dreien gehe und die Aufgaben nicht einfacher würden.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, es müsse mehr Haushaltsdisziplin, gerade in diesem Fachbereich, an den Tag gelegt werden.

Erster Bürgermeister Bendel stellt klar, dass es sich bei den 30.000 Euro für die Kinder- und Jugendzentren zwar um einen kleinen Betrag handle, dieser aber Teil der geplanten Kürzung in Höhe von 420.000 Euro des Fachbereichsbudgets Bildung und Soziales gewesen sei. Dafür müsse eine Stelle im Fachbereich genannt werden, von der dieses Geld kommen solle. Wenn dies nicht gelinge, bleibe am Schluss nur, eine globale Mindeerausgabe in dieser Höhe festzulegen und im Haushaltsvollzug des Fachbereichs im kommenden Jahr, diesen Betrag an irgendeiner Stelle einzusparen.

Oberbürgermeister Czisch hält fest, dass der Teilergebnishaushalt entsprechend den beschlossenen Änderungen und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen werden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, BS, KIBU, KITA, SO, GPR, OV (8), ZSD/P, ZSD/F, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung  
des Fachbereichsausschusses Kultur  
des Gemeinderats

vom 1. Dezember 2020

öffentlich

§ 391

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2021 für den  
Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020 (§ 396) aufgeführt.

**I. Teilergebnishaushalt**

Erster Bürgermeister Bendel erläutert den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2021 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024 den Fachbereich Kultur betreffend (GD 901/20).

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, vervollständigt, im Jahr 2021 werde man Schulden aufnehmen müssen. Insbesondere der Kulturbereich sei durch die Corona-Pandemie sehr stark betroffen. Über Hilfs- und Förderprogramme habe man versucht, der freien Kulturszene Stabilität zu signalisieren indem man Formate initiierte, bei denen die Stadt das Risiko einging. Dies solle 2021 fortgeführt werden. Die freie Kulturszene sei von den Einschnitten infolge der Pandemie stärker betroffen als die städtischen Kultureinrichtungen.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass viele der Künstler\*innen als Solo-Selbstständige mit den Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens im Rahmen der Corona-Pandemie besonders zu kämpfen hätten. Aufgabe der Stadt sei hierbei eine gezielte Unterstützung. Die Sommerveranstaltungen auf der Wilhelmsburg hätten gezeigt, wie die

Belebung der Kultur unter Pandemie-Bedingungen erfolgen könne. Das Konzept für die künstlerische Belebung des Kornhauses knüpfe daran an. Neben den finanziellen Hilfen seien genau diese Hilfsmaßnahmen in Form der Bereitstellung von pandemiekonformen Veranstaltungsstätten essentiell. Freie Kunschtchaffende könnten so wieder auftreten und den Menschen Kultur bieten. Auch der städtische Kulturbereich habe sich in der Pandemie hervorgetan und sei neue Wege gegangen, durch welche Kultur ermöglicht wurde. So habe etwa das Gleis 44 mit dem Kulturbiergarten eine gute Lösung gefunden. Beim Berblinger-Jubiläum konnte der dafür errichtete Turm eingeweiht werden. Die Junge Ulmer Bühne habe ein Online-Theater initiiert, welchem sich mittlerweile auch landesweit andere Theater angeschlossen haben. Zu erwähnen sei aber auch die Bürgerschaft, welche die Kultur in der schwierigen Zeit zu unterstützen versuche. So hätten etwa zahlreiche Abonnenten des Ulmer Theaters auf ihre Abo-Rückzahlung verzichtet und den Betrag dem Theater gespendet.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) dankt der Verwaltung und den Ulmer Kulturschaffenden, welche mit viel Kreativität und Mut auf die Pandemie reagiert haben. Die städtische Kulturabteilung sei dabei stets unterstützend zur Seite gestanden. Bei vielen der im Zuge der Corona-Pandemie erstellten finanziellen Hilfen sei die Kultur außen vor gelassen worden, nicht so in Ulm. Die Stadt habe ihre Zuschüsse an freie Kulturschaffende voll ausbezahlt. Der Berblinger-Turm sei ein gutes Beispiel dafür, wie mittels Mut ein neuer erfolgreicher Weg eingeschlagen ist. Unbestritten sei, dass Kultur in Krisenzeiten mehr denn je benötigt werde.

Stadträtin Malischewski (FWG) informiert darüber, dass sich anscheinend viele der Solo-Selbstständigen genieren würden, bei der Stadt finanzielle Unterstützung zu beantragen. Ihnen müsse aber trotzdem geholfen werden. Die Stadt habe ihre Zuschüsse an die freie Kulturszene auch in der Krise voll ausbezahlt. Die Belebung des Kornhauses durch die freie Kulturszene sei bemerkenswert und habe Lob und Anerkennung verdient. Der Mensch benötige Kultur und Musik und in Ulm werde versucht, dies auch in schweren Zeiten anzubieten. Sie geht davon aus, dass die empfohlene Indexierung von 1,5 % für alle städtischen Bereiche gleichermaßen gelte. Bedauerlich sei, dass ab dem Jahr 2021 auf die Außenspieltermine des Philharmonischen Orchesters im Rahmen des Paradekonzerts auf dem Ulmer Marktplatz und der Konzerte in der Neu-Ulmer Glacis-Anlage verzichtet werden solle. Diese wurden mit rund 2.000 Besuchern pro Auftritt immer sehr gut besucht und seien außerdem eine gute Werbung für das Theater Ulm gewesen.

Stadtrat Bühler (FWG) pflichtet dem bei. Es sei schade, dass die Verwaltung die Einsparungen bei den Konzerten über den Haushaltsplan mitteile und nicht im direkten Dialog. Im Übrigen sei bei den Zuschüssen der für das Paradekonzert noch aufgeführt, obwohl auf diesen im Jahr 2021 angesichts der Einsparungen aus 2020 verzichtet wurde.

Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) betont, trotz der schwierigen Haushaltssituation 2021 sei man froh, dass auch im Kulturbereich viele Projekte angestoßen werden. Die Sanierung des Theaters, die Digitalisierung im Stadtarchiv oder die stufenweise angesetzte Modernisierung des Museums seien Beispiele dafür. Die schwierige Lage der freien Kulturträger in Zeiten der Pandemie sei allgegenwärtig und die Stadt habe durch die Auszahlung ihrer Zuschüsse zu helfen versucht. Die Belebung der Wilhelmsburg oder die Initiierung des Berblinger-Jubiläums, wenn auch in reduzierter Form, seien ein Signal an alle Kulturschaffenden und

die Bürgerschaft gewesen. Er spricht das im Jahr 2021 anstehende 75-jährige Jubiläum des Ulmer Gemeinderats an und möchte erfahren, welche Veranstaltungen hierfür angedacht seien.

Stadtrat Wischmann (FDP) veranschaulicht, in Ulm habe man es geschafft, die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie einigermaßen erträglich zu gestalten. Die Pandemie werde auch das zukünftige Zusammenleben nachhaltig verändern. Es müsse genau betrachtet werden, an welcher Stelle finanzielle Hilfen benötigt werden und an welcher Stelle verzichtet werden kann. Die Indexierung sei hierfür der geeignetste Ansatz. Ebenso werde es sinnvoll sein, weniger neue Projekte anzugehen, um dafür die bestehenden Projekte fortzuführen und erhalten zu können.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) macht deutlich, in Ulm seien Kunst und Kultur solidarisch. Dies verdeutliche die Zusammenarbeit im Arbeitskreis Kultur, welcher freischaffende Künstler\*innen unterstütze und mit ihnen gemeinsam agiere, wie etwa demnächst im Kornhaus. Auch die kulturelle Bildung sei essentiell und deswegen müsse das Kooperationsprojekt Wilhelm-Busch-Schule/Theater Ulm gefördert werden.

Bürgermeisterin Mann bedankt sich für die Unterstützung des Gemeinderats in der schwierigen Zeit der Pandemie. Das 75-jährige Jubiläum des Ulmer Gemeinderats nach der Wiedereinsetzung werde zum Anlass genommen, die kommunale Demokratie in den Mittelpunkt zu stellen. Die Kernfrage werde sein, was der Bevölkerung das aktuelle politische System wert sei und was sie dafür tue, dieses zu erhalten. In Krisenzeiten wie jetzt mit all den damit einhergehenden Demonstrationen und Widerständen sei dies mehr denn je aktuell. In die Programmausgestaltung werden die städtischen Kulturabteilungen, freischaffende Künstler\*innen und Institutionen wie die Volkshochschule involviert sein. Unter dem Motto "Partizipation" sollen auch junge Menschen beteiligt werden. Außerdem gebe es bereits eine gemeinderätliche Arbeitsgruppe. Am 6. Juli 2021, dem Jahrestag der konstituierenden Sitzung des Ulmer Gemeinderats nach dem Krieg vor 75 Jahren, werde es eine offizielle Festveranstaltung geben. Die Konsolidierung im Kulturbereich umfasse ab dem Jahr 2021 die Außenspieltermine des Philharmonischen Orchesters, da diese leider keinen finanziellen Ertrag erwirtschaften aber immer mit sehr hohem Arbeitsaufwand verbunden sind. Die Kritik bezüglich der Konzerte werde die Verwaltung annehmen.

Daraufhin wird der Teilergebnishaushalt Kultur - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

## **II. Teilfinanzhaushalt**

Oberbürgermeister Czisch verweist auf den Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Kultur und stellt daraufhin ohne Widerspruch fest, dass der Teilfinanzhaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

### III. Zuschussverzeichnis

Stadträtin Schwelling (GRÜNE), Stadträtin Dr. Engels (SPD) und Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) zeigen sich mit der Indexierung von 1,5 % für alle städtischen Bereiche einverstanden.

Stadtrat Eichhorn (FWG) erinnert daran, dass die Indexierung des Kulturbereichs bereits im Fachbereichsausschuss Kultur thematisiert worden ist.

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht den bei der Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur am 27. November 2020 gewährten Zuschuss an den Verein Indauna e.V. an und bringt vor, ihre Fraktion habe dem zwar zugestimmt aber nach reiflicher Überlegung seien nun doch Ungereimtheiten klar geworden, wonach eine Zustimmung gar nicht erst hätte erfolgen dürfen. Teilweise seien die vorgelegten Zahlen nicht nachvollziehbar und auch die Verflechtung mit dem Gleis 44, welche als GbR keine städtischen Zuschüsse erhalte, seien im Finanzplan undurchsichtig. Für das Jahr 2021 fordere ihre Fraktion eine korrekte und detaillierte Abrechnung, so wie es die anderen Vereine auch vorlegen. Zudem würde Indauna beim Getränkeverkauf im Rahmen ihrer Veranstaltungen keine Kassenbons ausstellen.

Stadtrat Bühler (FWG) bestätigt, auch an ihn sei herangetragen worden, dass beim Getränkeverkauf keine Kassenbons ausgestellt würden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) setzt bei zu gewährenden städtischen Zuschüssen ebenfalls eine korrekte Abrechnung voraus. Er ist sich allerdings sicher, dass Indauna eine korrekte Abrechnung nachliefere. Überhaupt würden immer wieder Behauptungen über Indauna zutage treten, welche vermutlich von der Konkurrenz gestreut würden. Wenngleich das Gleis 44 nicht gemeinnützig ist, seien die Akteure dieses Jahr eingesprungen, um in Zeiten von Corona das Kulturangebot aufrechtzuerhalten. Dasselbe gelte für Indauna.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) betont, Indauna sei in Zeiten von Corona eingesprungen und hätte kulturelle Alternativen geboten. Dies sei mit viel Mühe und Arbeit verbunden gewesen. Es sei nicht gerecht, hier nun eine detaillierte Kassenprüfung anzufordern oder Behauptungen zu nähren.

Bürgermeisterin Mann teilt mit, die heute vorgebrachten Missstände seien bereits auch bei der Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur am 27. November 2020 angesprochen worden und der Verein wisse, dass er eine korrekte Abrechnung nachliefern müsse. Die Verwaltung habe die Kritik wahrgenommen und werde dem nachgehen. Indauna und das Gleis 44 seien zwei eigenständige Institutionen mit einer personellen Überlappung. Ungeachtet dessen haben beide Institutionen mit kleinem Budget in diesem Sommer viel initiiert und bewegt. Mit diesem Ergebnis könne man sehr zufrieden sein.

Oberbürgermeister Czisch verweist daraufhin auf das Zuschussverzeichnis sowie auf die Liste der weitergehenden Zuschussanträge und hält ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Kultur (einschließlich einer Indexierung von 1,5 %; siehe Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020, § 396) dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.



#### **IV. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2021**

Erster Bürgermeister Bendel stellt die den Fachbereich Kultur betreffenden Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2021 vor (GD 970/20).

##### **HfG-Archiv (Antrag Nr. 231/20 der SPD-Fraktion)**

Stadträtin Dr. Engels (SPD) trägt vor, für das HfG-Archiv solle eine zusätzliche Sachbearbeitungsstelle zur Unterstützung der Archivarbeit geschaffen werden, damit dem HfG-Archiv in Ulm endlich die Bedeutung zukomme, die es weltweit habe. Zudem werde im Jahr 2021 der 100. Geburtstag des HfG-Mitbegründers Otl Aicher begangen.

Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) und Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) schließen sich dem an und unterstützen den Antrag.

Stadtrat Wischmann (FDP) fehlt bei diesem Antrag und den damit verbundenen Mehrausgaben der Vorschlag zur Einsparung innerhalb des Budgets. Jede Mehrausgabe müsse gegenfinanziert werden. Seiner Ansicht nach sei es sinnvoller, in die bestehende Kultur zu investieren, welche Neues schaffe und kreativ arbeite. Daher werde er den Antrag ablehnen.

Stadträtin Malischewski (FWG) teilt dieses Ansinnen. Momentan sei eine Stellenneuschaffung nicht angebracht.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) erbittet eine Stellungnahme der Museumsdirektorin Frau Dr. Dathe.

Die Leiterin des Museums Ulm, Frau Dr. Dathe, zeigt auf, Ulm biete im Verhältnis zu seiner Stadtgröße sehr viel Kultur an. Das HfG-Archiv habe innerhalb der Stadt ein Alleinstellungsmerkmal. Es sei ein Ort, welcher neben von Interessierten auch von Designern und Gestaltern besucht werde. Die HfG sei als ein Ort gegründet worden, welcher eine demokratische Gesellschaft gestalten und verändern solle. Diesem Ansatz sei man verpflichtet und deswegen arbeite das HfG-Archiv nicht ausschließlich in der Vergangenheit. Historische gesellschaftliche Themen werden aufgegriffen und daraus Themen und Perspektiven für die Zukunft weiterentwickelt. Der Gemeinderat entscheide, wie das HfG-Archiv zukünftig ausgerichtet werde und je nach Entscheidungslage werde dies nur durch zusätzliches Personal umzusetzen sein.

Bürgermeisterin Mann ergänzt, das HfG-Archiv habe eine internationale Reichweite und Bekanntheit, welche in Ulm so leider nicht wahrgenommen wird. Es gehe heute um die Frage der Prioritätensetzung und darüber habe der Gemeinderat zu entscheiden.

Oberbürgermeister Czisch bekräftigt, der Gemeinderat habe im Juli 2020 Konsolidierungsvorgaben beschlossen. Jede Mehrausgabe müsse innerhalb des Budgets gegenfinanziert werden. Es gebe keine Finanzierung aus allgemeinen Finanzmitteln mehr, da hierfür Schulden aufgenommen werden müssten. Die zusätzliche Sachbearbeitungsstelle im HfG-Archiv führe zu jährlichen Mehrkosten von 86.000 €. Diese Mehrkosten würden innerhalb des Kulturbudgets an einer anderen Stelle eingespart werden müssen. Die städtischen

Kultureinrichtungen hätten im Gegensatz zur freien Kulturszene nicht mit der Existenznot zu kämpfen.

Er lässt über den Antrag Nr. 231/20 der SPD-Fraktion, eine zusätzliche Sachbearbeitungsstelle für das HfG-Archiv zu schaffen, abstimmen.

Dieser wird bei Stimmengleichheit (5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)

abgelehnt.

### **Feuerwehrjubiläen vorbereiten (Antrag Nr. 236/20 der SPD-Fraktion)**

Oberbürgermeister Czisch informiert darüber, dass dieser Antrag nicht in die Zuständigkeit des Fachbereichsausschusses Kultur falle.

### **Unterstützung für Kooperationsprojekt Wilhelm-Busch-Schule/Theater Ulm (Antrag Nr. 241/20 der SPD-Fraktion)**

Bürgermeisterin Mann sagt die beantragten Projektkosten von 1.500 € zu.

Daraufhin werden die den Fachbereich Kultur betreffenden Gemeinderatsanträge Nr. 149/20 und Nr. 241/20 zum Haushaltsplan 2021 - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

Ergebnis:

Der **Teilergebnis-, Teilfinanzhaushalt** und das **Zuschussverzeichnis** den Fachbereich Kultur betreffend werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, GPR, ZSD/P, OV (8), AR, BI, KA, MS, MU, SH, TH, ZSD/F, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung  
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt  
des Gemeinderats  
vom 2. Dezember 2020

öffentlich

§ 393

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2021  
für den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Gedenkminute für die Opfer von Trier statt. Alle Anwesenden haben sich dazu von ihren Plätzen erhoben.

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 3. Dezember 2020 (§ 396) aufgeführt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, stellt Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint-Präsentation den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2021 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024, die den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffen (GD 901/20), vor.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) merkt an, dass die gesetzten und finanzierten Investitionen auch getätigt werden müssen. Man müsse sich um die große Linie kümmern, aber auch auf die aktuellen Entwicklungen Rücksicht nehmen und ggf. überlegen, wo man etwas umschichten müsse.

Die Diskussion habe gezeigt, wo man Defizite habe. Es wurde zu Recht angeführt, dass man einen gut aufgestellten Haushalt habe und man zukunftsfähig und flexibel genug sei, um auf Krisen reagieren zu können.

Stadtrat Bühler (FWG) hält fest, dass man sich auf einem überaus hohen Niveau unterhalte. Man habe geradezu ein Luxusproblem. Man sollte jedoch nur Anträge zu Punkten stellen, die man wichtig finde, da man die Finanzen nicht überstrapazieren dürfe. Man habe sehr viel Mittel zur Verfügung, die man am Ende nicht abarbeiten könne.

Anschließend geht er auf die Haushaltsplanberatungen früherer Jahre ein, als z.B. Haushaltssperren ausgesprochen wurden.

Stadtrat Ansbacher (SPD) ist der Ansicht, dass Oberbürgermeister Czisch richtig eingeleitet habe, als er gesagt habe, dass für Fatalismus keine Zeit sei, man aber Respekt vor der Lage haben müsse. Wenn man die Zeichen richtig deute, dann habe man Grund zur Zuversicht und Hoffnung. Die Arbeitsmarktzahlen seien nicht so schlecht, die Wirtschaft sei einigermaßen stabil. Es seien die richtigen Instrumente angelegt worden, um gut durch die "Corona-Krise" zu kommen.

Maßhalten könne seine Fraktion unterschreiben.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) teilt mit, dass die GRÜNEN-Fraktion beim Maßhalten und dem Setzen von politischen Zielen voll dabei sei. Versprechen, die man nicht einhalten könne, bringen niemanden etwas. Man könne über den Sanierungsstau diskutieren, könne ihn aber nicht wegdiskutieren.

Jetzt räche sich, dass viele Baumaßnahmen innerhalb eines Jahrzehnts entstanden seien. Es stehe außer Frage, dass diese Maßnahmen richtig gewesen seien, aber jetzt stehen diese Bauten zur gleichen Zeit zur Sanierung an.

Im Hauptausschuss müsse man über die Folgen der Beschlüsse reden. Wenn man ehrlich sei, dann sei die bisherige Konsolidierungsvorgabe sehr gering. Wenn man über dauerhafte und bedeutende Einsparungen rede, dann komme man nicht um eine Aufgabenkritik herum.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) führt an, man habe viele Jahre keinen Vermögenserhalt gemacht und dies hole einen nun ein. Die CDU/UfA-Fraktion habe dies immer angemahnt. Deshalb müsse man jetzt auch 22 Mio. €/Jahr für den Brückenerhalt ausgeben.

Stadtrat Walter (CDU/UfA) findet, dass Maßhalten ein großes Thema sei. In den letzten Jahren sei das aber etwas ins Hintertreffen geraten. Man habe mehr beschlossen, als man umsetzen konnte. Deshalb dürfe man nur noch so viel beschließen, wie man auch umsetzen könne. Bei den Budgets müsse man aber auch die Kostensteigerung berücksichtigen.

Das große Ziel müsse sein, dass die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur Priorität 1 habe.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, wenn man mehr Geld ausgeben möchte als veranschlagt, dann müsse der Gemeinderat auch sagen, woher das Geld kommen solle und einen Deckungsvorschlag unterbreiten.

Stadträtin Kühne (SPD) ist der Ansicht, dass über alle Themen ein "Corona-Filter" gelegt werden müsse. Alle Entscheidungen, die getroffen worden seien, müsse man nochmals anschauen.

Das Vertrauen der Bürgerschaft sei sehr wichtig. Wenn "Corona" überstanden sei, müsse man die Fehler, die man gemacht habe, überdenken. Ein Fehler sei z.B. gewesen, die Spielplätze zu sperren. Sie frage sich auch, warum der Botanische Garten geschlossen sei. Solche Sachen sollte man sich nicht erlauben.

Oberbürgermeister Czisch merkt an, dass Vertrauen eine große Rolle spiele. Man müsse sich jetzt die neue Verordnung anschauen und schauen was man jetzt noch machen müsse. Schnellschüsse seien hier nicht geeignet.

Es gebe Kollegen, die den zivilen Ungehorsam üben. Wenn der Bund oder das Land eine Entscheidung treffe, dann sei das schon eine schwierige Aufgabe. Und wenn dann die, die vor Ort die Verantwortung tragen, diese Entscheidungen dann als erstes kritisieren, dann sei die Verunsicherung noch größer.

Man habe in Ulm in den letzten Monaten immer die Entscheidungen mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen.

## **I. und II. Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt**

### **Zentrales Gebäudemanagement**

Stadträtin Kühne (SPD) spricht die **Lüftungsanlagen in den Schulen** an. Man dürfe nicht den Nutzen der Anlage kleinreden nur, weil die Beschaffung schwierig sei.

### **Stadtplanung, Umwelt, Baurecht**

Stadtrat Ansbacher (SPD) bittet darzulegen, wie "Corona" bei der **Bauleitplanung** in Zukunft eine Rolle spielen werde.

Bürgermeister von Winning stellt dar, dass es intensive Diskussionen im Städtetag gebe, ob "Corona" überhaupt Auswirkungen auf den Städtebau habe. Es werden hier vor allem Themen aufgerufen, mit denen sich die Stadt Ulm schon lange beschäftige, wie z.B. Nahversorgung, Funktionsmischung, Qualität der Freiräume sowie Räume für die Naherholung.

Stadtrat Ansbacher (SPD) stellt fest, dass durch "Corona" die Wohnungsnot noch verschärft wurde. Die Situation sei vor allem für Senioren/innen und Studenten/innen besorgniserregend. Man habe sich im Aufsichtsrat der Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) darüber unterhalten, dass es Ziel sein müsse, dass die UWS 10.000 Wohnungen im Bestand habe. Das Thema **"Wohnungsbau"** müsse ganz vorne auf die Agenda gesetzt werden.

Bürgermeister von Winning führt aus, dass es sehr viel Zeit koste, den Wohnungsbau hochzufahren. Die Projekte, die man 2015/2016 gemeinsam auf den Weg gebracht habe, werden jetzt gerade gebaut. Es gebe hier wenig Beschleunigungsmöglichkeiten.

Der Gemeinderat fordere die Verwaltung immer auf, schneller und dichter zu bauen. Wenn man dann aber solche Projekte vorlege, komme Kritik aus dem Gemeinderat und der Bürgerschaft und man müsse dann zusätzliche Runden drehen, die sehr viel Zeit kosten.

Bei der Kohlplatte, die ein sehr großes Außenentwicklungsprojekt darstelle, werde man sich nächstes Jahr verständigen müssen, wie man hier weitermachen wolle.

Auch Stadtrat Walter (CDU/UfA) sieht im Wohnbau ein wichtiges Thema. Man habe ein **Stadtteilentwicklungsprogramm** in Wiblingen aufgelegt. Er vermisse jetzt die Abarbeitung dieses Konzeptes. Man könnte noch mehr Ortsentwicklungsprogramme machen, da es in den Ortschaften Potential für Wohnungsbau gebe.

Bürgermeister von Winning bringt vor, dass man zum Wohnungsbau in den Ortschaften im nächsten Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt einen Vorschlag machen werde. Man müsse aber ehrlicherweise sagen, dass, wenn, man ein Wohnungsproblem habe, Baulücken zu bebauen ein sehr aufwendiges Geschäft sei, um neue Wohnungen zu schaffen. Man komme hier nicht schnell zum Ergebnis.

Für Maßnahmen aus dem Wiblinger Stadtentwicklungskonzept habe man Geld für erste Maßnahmen eingestellt.

Stadträtin Kühne (SPD) sieht eine große Resilienz zwischen einer Erkrankung mit "Corona" und dem Wohnen.

Oberbürgermeister Czisch schlägt einen Statusbericht zum Thema "**Wohnbau**" in der ersten Sitzung des Hauptausschusses im neuen Jahr vor. Man werde hier die Baugebiete aufrufen, die Bautätigkeit beleuchten und darlegen, was die UWS alles leisten könne.

Stadträtin Öner (GRÜNE) spricht sich für eine gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt aus.

Oberbürgermeister Czisch merkt an, dass man dies im Ältestenrat besprechen werde.

Alle Mitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Stadträtin Kühne (SPD) legt zum **Umweltschutz** dar, dass Tübingen einen viel geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß/Einwohner habe als Ulm. Sie frage sich warum.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass es in Tübingen keine Industriegebiete wie in Ulm gebe. In Tübingen gebe es sehr viele Studenten und viel Dienstleistungen. Da sei es einfacher, eine gute CO<sub>2</sub>-Bilanz zu haben. Ulm habe ganz andere Ausgangsbedingungen.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) führt aus, dass Geld alleine das Klima nicht schütze. Man habe in Ulm alle Low-Hanging-Fruits längst abgeräumt. Das reiche aber nicht. Man habe von den 10 Tonnen-CO<sub>2</sub>Ausstoß/Einwohner gerade einmal eine Tonne einsparen können. Aber auch Ulm müsse die Pariser Klimaziele umsetzen.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) verdeutlicht, dass der Verkehr beim Klimaschutz das Sorgenkind sei. Der Kfz-Verkehr fresse das auf, was an anderer Stelle wie z.B. mit der Straßenbahn oder den Gebäudesanierungen erreicht wurde.

Man könne sich die Folgen des Klimaschutzes auf Dauer nicht leisten.

### **Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung**

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) fordert, die **Mobilitätswende** anzugehen. Die Investitionen in die Mobilitätswende kommen als Rendite zurück.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, da Ulm Oberzentrum sei, müsse man die Mobilitätsbedürfnisse aller im Blick haben. Mit politischen Plakatdiskussionen komme man hier nicht zum Ziel.

Stadtrat Bühler (FWG) merkt an, dass Verkehrsminister Hermann ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, um zu klären, ob es möglich sei, eine "Nahverkehrsabgabe" zu erheben. Das Gutachten habe ergeben, dass dies möglich sei. Mit diesem Geld könne man dann Wünsche beim **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV) erfüllen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) möchte eine weitere Stärkung des ÖPNV. Hier müsse auch die Vertaktung der **Süd-Bahn** eine Rolle spielen.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) führt aus, dass in den letzten Jahren auf dem Gebiet des ÖPNV viel Gutes geleistet wurde. Nicht nur mit der Linie 2 sondern auch bei den sonstigen Buslinien.

Die Stadt Ulm gebe im Jahr rund 6 Mio. € für den ÖPNV aus. Dies reiche aber nicht. Man spreche sich dafür aus, dass es bis 22 Uhr einen **20-Minuten-Takt** beim ÖPNV gebe.

Auch das **365 €-Ticket** sei für seine Fraktion noch nicht vom Tisch.

Es sei wichtig, beim ÖPNV auch Gespräche mit Neu-Ulm zu führen und die Perspektiven aufzuzeigen.

Oberbürgermeister Czisch hält fest, beim ÖPNV gebe es viele Bausteine auch im Zusammenspiel mit Neu-Ulm. Er schlage einen Statusbericht vor. Man müsse das System so verändern, dass man in der Lage sei, der Funktion als Aufgabenträger gerecht zu werden.

Hier müsse auch die Aufgabenteilung zwischen der Stadt Neu-Ulm und dem Landkreis Neu-Ulm umgesetzt werden. Die Themen, die Ulm und Neu-Ulm betreffen, wolle man in einer gemeinsamen Sitzung des Ältestenrats Ulm/Neu-Ulm bereden.

Man müsse immer überlegen, wie man den ganzen ÖPNV auch finanzieren könne.

Er schlage vor, die Themen evtl. in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt zu besprechen und einen Statusbericht vorzulegen.

Alle Mitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Stadtrat Ansbacher (SPD) bittet darzulegen ob bei den **Verstärkerbussen** auch Reisebusunternehmen eingebunden werden können.

Bürgermeister von Winning führt aus: Jeder Bus, der fahre und nicht genügend Fahrgäste befördere sei schädlich für den Haushalt und auch für das Klima. Wenn man merke, dass Linien nicht angenommen werden, auch wenn sie schon Jahre fahren, müsse man sich überlegen, ob man eine Anpassung vornehmen müsse.

Bei den Verstärkerbussen könne man grundsätzlich regionale Reisebusunternehmen mit ins Boot nehmen, es gebe aber hier große Nachteile, da die Reisebusse in der Regel nicht barrierefrei seien und nicht an die Signalsteuerung der SWU angebunden werden können. Im Moment fahre die SWU bei Bedarf Verstärkerbusse mit eigenen Fahrzeugen. Wenn die SWU das nicht mehr schaffe, werde man sich nochmals unterhalten müssen.

Stadtrat Walter (CDU/UfA) ist der Ansicht, dass zur ÖPNV-Nutzung auch die Verlässlichkeit gehöre. Man müsse alle ÖPNV-Linien gemeinsam evaluieren.

Stadträtin Kühne (SPD) sieht in Corona-Zeiten den ÖPNV als eine Messlatte dafür an, wie ernst man die Maßnahmen sehe. Die Verstärkerfahrten seien ein sehr ernstes Thema. Für sie sei es komisch, dass in der Tiefgarage in der Neuen Mitte eine Maskenpflicht und die 1,5 Meter-Abstand-Regel gelte und sobald man zehn Meter weiter in den Bus einsteige, die Abstandsregeln nicht mehr gelten.

Dass "DING" beim Kauf von zehn Tageskarten pro Monat zwei Tickets erstatte, finde sie eine sehr gute Idee. Sie erinnere an die Diskussion beim ticketfreien Samstag und der Erstattungsdiskussion bezüglich der Monatskarten. Man müsse sich in nächster Zukunft wieder mit den Tarifen befassen.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) bringt zum ÖPNV an, dass das **Donautal** ein sehr weitläufiges Gewerbegebiet sei. Hier müsse man die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV verbessern. Der Rundbus habe nicht funktioniert. Er halte einen dichteren Takt bei der Südbahn in Verbindung mit einem Leih-e-Bike-System für eine gute Möglichkeit, um hier den ÖPNV attraktiver zu machen.

Wer viel Geld für Firmenparkplätze ausbebe, solle auch die Kosten für die E-Ladesäulen auf privaten Firmenparkplätzen nicht auf die Allgemeinheit abwälzen können. Man könne aber gerne ein Programm auflegen, um hier unterstützend tätig zu sein.



Stadtrat Bühler (FWG) teilt mit, dass seit einigen Tagen das Ergebnis der Umfrage aus dem Donautal vorliege. Solche Umfragen mache der Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm in allen Gewerbegebieten. Hier können die Betriebe und Beschäftigten ihre Sorgen und Nöte vorbringen. Man sollte die dort genannten Punkte im einem Ausschuss aufarbeiten und angehen.

Oberbürgermeister Czisch hebt hervor, dass man seit einigen Jahren eine gemeinsame Arbeitsgruppe habe. Man habe vor vielen Jahren einen Haltepunkt "Donautal" eingerichtet, leider mit sehr bescheidenem Erfolg. Das knappste Gut seien die Industrieflächen. Bei der Effizienz der Flächen sei noch sehr viel zu tun.

Er schlage vor, im 1. Quartal 2021 im Hauptausschuss einen Bericht über "Donautal-connect" zu geben.

Alle Mitglieder des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind damit einverstanden.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) findet Streichungen von Fahrten bei der **Linie 11** für nicht hilfreich und stellt deshalb den Antrag, diese Streichungen zurück zu nehmen.

Auch Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) unterstützt dies und bittet die Streichungen nochmals zu überdenken. Es handle sich hier auch um einen relativ kleinen Betrag in Höhe von 60.000 €. Auch im Süden und Westen von Ulm brauche man einen attraktiven ÖPNV.

Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) macht deutlich, dass die Streichungen bei der Linie 11 vor allem die Hochsträß-Gemeinden, aber auch Söflingen, den Roten Berg und das Donautal betreffen. Von den Streichungen seien montags bis freitags zahlreiche Verbindungen betroffen, u.a. auch der Schülerverkehr. Ziel müsse sein, den Motorisierten Individualverkehr (MIV) zu reduzieren und deshalb seien Streichungen das falsche Signal. Die Busse seien zu den betreffenden Zeiten auch relativ voll. Die Halbierung der Taktung am Samstagen sei ebenso ein erheblicher Eingriff in diese Linie.

Die Fahrgastzählungen in 2020 seien wegen "Corona" nicht repräsentativ. Ziel müsse sein, das Busangebot auszuweiten, damit auch in "Corona-Zeiten" genug Abstand vorhanden sei.

Er plädiere dafür, die Streichung zurück zu nehmen. Das Einsparpotential in Höhe von 60.000 € stehe in keinem Verhältnis zu den Eingriffen.

Stadträtin Niggemeier (GRÜNE) schließt sie den Ausführungen von Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) an. Wenn man das ÖPNV-Angebot reduziere, dann gebe es mehr Individualverkehr. Überfüllte Busse seien nicht gut für die Attraktivität eines ÖPNV. Auch sie plädiere dafür, das Angebot auf der Linie 11 nicht zu reduzieren.

Stadtrat Bühler (FWG) macht deutlich, dass man sich am 30. Juni 2020 (also noch keine 6 Monate) im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt (§ 180) ausführlich über den ÖPNV unterhalten habe, mit dem Ziel, Geld einzusparen. Hier wurden alle

Linien besprochen so auch die Linie 11. Man habe nach Vorgesprächen mit den Fraktionen dann im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt vereinbart, die Linie 11 am Samstag zu reduzieren. Auch im Nahverkehrsplan sei festgelegt, dass am Samstag die Taktung anders sei als unter der Woche. Im Beschluss sei auch enthalten, dass man die Linie 11 im Laufe des Jahres 2021 evaluiere und dann zum Fahrplanwechsel 2021/2022 reagiere. In jedem Bus gebe es mittlerweile Zählgeräte.

Der Beschluss am 30. Juni 2020 sei einstimmig gefasst worden. Deshalb verstehe er die heutige Diskussion nicht. Er sei nicht bereit, jede vier Wochen, gefasste Beschlüsse neu zu diskutieren. Man halte zudem drei Tage vor Fahrplanumstellung, den Antrag, die Reduzierung zurückzunehmen, für nicht sinnvoll.

Für Stadträtin Kühne (SPD) stehe die Linie 11 stellvertretend für alle Maßnahmen, die man sich anschauen müsse. Bei der Sitzung am 30. Juni 2020 habe man gedacht, dass man "Corona" überstanden habe. Das sei eine Zwischenphase gewesen. Jetzt lege sich das Thema "Corona" tatsächlich über alles.

Oberbürgermeister Czisch bringt vor, die Frage sei, ob man 2 Wochen vor Fahrplanwechsel, den Fahrplan ändern könne. Fahrgastzahlen in "Corona-Zeiten" seien nicht repräsentativ.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass für eine Veränderung im Fahrplan ein Vorlauf von ca. ½ Jahr nötig sei. Er hätte es gut gefunden, wenn in den Ortschaften diskutiert worden wäre zu welchen Zeiten Bedarfe vorhanden seien. Einfach zu sagen, man wolle mehr Busverkehr haben, sei weder für den Klimaschutz noch für den ÖPNV die richtige Antwort.

Es seien zwei Beschlüsse zu unterschiedlichen Zeiten gefasst worden. 2017 habe man einen **Nahverkehrsplan** beschlossen. Dieser Nahverkehrsplan habe eine bestimmte Taktung. Für die Ortschaften sei vorgesehen, am Samstag mit einem 1-Stunden-Takt zuzufahren. Man setze jetzt nur diesen Beschluss aus dem Jahre 2017 um.

2020 habe man bei einer Sitzung der ÖPNV-Kommission die ÖPNV-Themen besprochen. Die Linie 11 sei eine sogenannte Ringlinie. Man habe auch den ½ Stunden Takt unter der Woche bei der Hochsträß-Linie besprochen, allerdings unter Berücksichtigung, dass es einmal die eine und das andere Mal die andere Richtung gebe.

Das was sich gegenüber dem letzten Jahr relevant verändert habe sei, dass man der SWU aufgegeben habe, zu schauen, wo es besonders auffällige Linien gebe, die wenige Fahrgäste haben. Und da gebe es Fahrten um die Mittagszeit, wo 2019 drei bis fünf Personen befördert wurden. Daraufhin habe die SWU völlig zu Recht vorgeschlagen, hier eine Effizienzsteigerung vorzunehmen. Die Frage müsse sein, zu welcher Uhrzeit und an welcher Stelle gebe es wirklich Bedarfe, die im Moment nicht erfüllt seien.

Wenn es Engpässe gebe, könne man relativ kurzfristig Verstärkerbusse einsetzen. Im Moment gebe es aber Linien, die stärker betroffen seien, als die Hochsträß-Linie.

Stadtrat Bühler (FWG) fordert zügig die **Straßenbeleuchtung** LED-fähig auszubauen. Dies sei für das Klima wichtig. Zudem könne man mit dieser Maßnahme auch Geld einsparen.

Bei dieser Gelegenheit könne man auch das Thema mit der Helligkeit in der Stadt abarbeiten. Es gebe in der Tat dunkle Ecken in der Stadt, die besser beleuchtet werden müssen.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass man bei der Straßenbeleuchtung zusätzliche Mittel vorgeschlagen habe. Man habe aber bereits in den 90iger Jahren sehr viel Vorarbeit geleistet und deshalb habe man schon an relativ vielen Stellen eine energiesparende Beleuchtung. Man beschränke sich jetzt auf die Stellen bei denen es noch Handlungsbedarf gebe. Dies seien aber nur einzelne Straßenzüge.

Stadtrat Kuntz (FWG) spricht die Helligkeit auf dem **Wiblinger Marktplatz** an. Letztes Jahr wurde der Auftrag an die SWU erteilt, die Lampen zu ersetzen. Dies sei bisher nicht erfolgt. Er bitte, bei der SWU nochmals nachzuhaken.

Oberbürgermeister Czisch sagt Klärung zu.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) geht davon aus, dass im Jahre 2021 2 Mio. € für die **Fahrradinfrastruktur** zur Verfügung stehen (Hinweis auf den Antrag 227 der CDU/UfA-Fraktion). Er habe hier auch Maßnahmen im Donautal im Blick. Bei den Beschäftigten im Donautal habe es eine Umfrage gegeben und als Ergebnis könne man festhalten, dass mehr Menschen mit dem Rad zur Arbeit kommen würden, wenn die Infrastruktur besser wäre. Hierzu gehören u.a. eine bessere Radweganbindung, eine bessere Radwegführung sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur für e-Bikes.

Stadtrat Bühler (FWG) vertritt die Meinung, wenn man 1 Mio. € für den Radverkehr fordere, dann müsse man auch bereit sein, die Maßnahmen umzusetzen und Einschränkungen für andere Verkehrsarten hinzunehmen.

Stadtrat Ansbacher (SPD) findet die Fahrradinfrastruktur ein wichtiges Thema. Man habe hier bereits Beschlüsse gefasst.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) merkt an, dass sich doch alle einig seien, dass man einen Radverkehrsanteil vom 25 % beim Modal Split anstrebe. Das werde mit ausschließlich netten Maßnahmen und ohne Geld nicht zu erreichen sein. Man unterstütze das Ansinnen der CDU/UfA-Fraktion. Man dachte aber, dass diese 1 Mio. €/Jahr für den Radverkehr bereits beschlossen sei. Wenn diese 1 Mio. € aus 2020 noch übrig sei, müsse man sie in das Jahr 2021 übertragen, sodass dann 2021 2 Mio. € zur Verfügung stehen.

Bürgermeister von Winning hält es für wichtiger, die Maßnahmen zu besprechen, als die Frage zu diskutieren, wo das Geld im Haushalt enthalten sei.

Auch er wäre froh, wenn man schneller vorankommen würde. Allein die letzte Sitzung des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt habe gezeigt, dass es nicht einfach sei, Maßnahmen umzusetzen, außer man mache dort eine Maßnahme wo wenige betroffen seien.

Es müssen sich alle klarmachen, dass Geld alleine den Radverkehr nicht stärke. Das, was man machen müsse, sei die bauliche Infrastruktur und die Einstellungen in den Köpfen der Menschen zu verändern.

Wenn man den Radverkehr fördern wolle, müsse man sich um die Orte kümmern, wo viele andere auch hinwollen. Hier werde es dann Diskussionen über die Flächenkonkurrenz geben.

Man sei gerade dabei, die Projekte für die nächsten Jahre aufzusetzen. Man müsse sich auf die Projekte fokussieren, die dann auch in die Umsetzung kommen. Man habe viel Planungsaufwand in den Theodor-Heuss-Platz und ins Donauufer gesteckt, um dann feststellen zu müssen, dass das Geld nicht da sei.

Man hatte in den letzten Jahren immer eine Diskrepanz zwischen den Mitteln, die angemeldet waren und den Kapazitäten, die man bereitstellen konnte.

Man hatte sich 2019 darauf verständigt, dass man 2020 eine Verpflichtungsermächtigung einstelle, weil allen klar gewesen sei, dass 1 Mio. € innerhalb eines Jahres nicht umsetzbar sei. Man versuche, die angekündigten Projekte auch umzusetzen. Die neue Personalstelle habe man jetzt bereits zum dritten Mal ausgeschrieben und immer noch niemanden gefunden.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) teilt mit, dass es nicht sein könne, dass man im Jahr nur 120.000 € in Fahrradwege investiere. Das sei deutlich zu tief gegriffen. Man müsse die übrig gebliebenen 880.000 € ins neue Jahr übertragen, damit dann 2021 gut 1,8 Mio. € zur Verfügung stehen.

Man sei auch in der Lage konkrete Projekte zu benennen, wie z.B. den Knotenpunkt Einsteinstraße/Herrlinger Straße/Jägerstraße, den Donauschnellradweg oder die Donautalanbindung. Man habe Personalstellen erhöht, damit auch die Themen abgearbeitet werden können.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) versteht es nicht, dass eine Stadt wie Ulm nicht im Stande sei, eine Verpflichtungsermächtigung vom 850.000 € bei Fahrradmaßnahmen in einem Jahr umzusetzen. Das sei in seinen Augen ein Armutszeugnis. Man wolle 1 Mio. €/Jahr für den Radverkehr. Somit wolle man für 2021 insgesamt 2 Mio. €.

Wenn dann gesagt werde, dass der Gemeinderat Maßnahmen, wie z.B. das Donauufer oder den Theodor-Heuss-Platz zurückgenommen habe, dann müsse er für die CDU/UfA-Fraktion sagen, dass das so nicht sei. Man habe 600.000 € letztes Jahr für eine Fahrradgarage beim Scholl-Gymnasium eingestellt, zurückgenommen habe diese Maßnahme dann die Verwaltung. Nach Böfingen hoch gebe es immer noch keine Radwegeverbindung.

Man habe 120 Maßnahmen für die Stärkung des Radverkehrs ausgearbeitet. Davon wurden erst rund 20 Maßnahmen umgesetzt. Jetzt zu sagen, dass die Münchner Straße das notwendigste überhaupt wäre, könne er nicht nachvollziehen. In seinen Augen sei diese Maßnahme unnötig wie ein "Kropf". Man brauche den Altstadtring, um die Parkhäuser zu er-

reichen. Wenn die Parkhäuser nicht mehr erreichbar seien, dann konterkarriere man auch die Forderung nach der autofreien Stadt.

Oberbürgermeister Czisch merkt an, wenn man politische Ziele formuliere, dann seien alle begeistert, wenn man konkret werde, dann seien die Konflikte eminent.

Erster Bürgermeister Bendel ergänzt, bei den Radwegeinfrastrukturmaßnahmen seien mehr als 2 Mio. € geplant (Seite 359), da auch bei vielen Straßenbaumaßnahmen Radwege enthalten seien.

Die Beschlusslage aus den letztjährigen Haushaltsberatungen sei nicht gewesen, dass man in den Haushalt 2020 1 Mio. € aufnehme. Sondern die Beschlusslage sei gewesen, man habe keine umsetzungsreife Projekte im Haushalt 2020, deswegen reiche eine Verpflichtungsermächtigung aus, um im Jahr 2020 planen zu können und in 2021 dann die Maßnahmen abzarbeiten. Man habe auch besprochen, dass man als ersten Schritt Personal benötige. Deshalb habe man im letzten Haushalt zusätzliches Personal aufgenommen.

Wenn trotzdem mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, dann benötige man einen Deckungsvorschlag.

Bürgermeister von Winning verdeutlicht, für nächstes Jahr habe man 1 Mio. € für allgemeine Radverkehrsmittel in den Haushalt eingestellt. Man mache die Ortsdurchfahrt Donaustetten, die zu 100 % dem Rad- und Fußverkehr zu geordnet werden könne. Hier rede man alleine schon von rund 1 Mio. €. Weiter stehe die Umgestaltung des Weinbergwegs im Haushalt 2021 mit 150.000 € und dann mit einer deutlich größeren Summe im Jahre 2022. Man mache die Verbreiterung der Unterführung der Eisenbahnbrücke im Blautal mit rund 20.000 €. Des Weiteren rede man über die Sanierung der Haßlerstraße und über die Ludwig-Erhard-Brücke, wo ebenfalls Radwege integriert werden. Auch am City-Bahnhof werde etwas für die Radfahrer realisiert. Und schließlich gehe man den Kienlesberg-Steg und die Böfinger Steige an.

Stadtrat Bühler (FWG) bringt vor, man habe 2020 Mittel für den Radverkehr eingestellt. Daraufhin habe die Verwaltung einen Vorschlag zur Steigerung des Radverkehrs in der Oststadt gemacht, nämlich die Einrichtung einer Radspur in der **Münchner Straße**. Dieser Antrag sei am 24. November 2020 im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt (§ 381) mit einer Mehrheit von einer Stimme beschlossen worden. Er glaube nicht, dass allen bewusst sei, was diese Maßnahme bedeute. Vielleicht müsse auch die Verwaltung von der Radikalität wegkommen und eher kompromissfähige Vorschläge machen.

Bürgermeister von Winning entgegnet, dass man auch bei dieser Maßnahme bei weitem nicht von einer radikalen Maßnahme reden könne. Man habe bisher nur Maßnahmen diskutiert, die kaum oder fast keine Einschränkungen für andere Verkehrsteilnehmer mit sich bringen.

Stadtrat Walter (CDU/UfA) macht deutlich, dass man hier auch an die Einpendler denken müsse. Ulm sei Oberzentrum und müsse für alle erreichbar sein. Dazu brauche man auch den Altstadtring und somit auch die Münchner Straße. Die Frauenstraße sei zu jeder Zeit voll und dann werde über die Münchner Straße ausgewichen. Man tue sich keinen Gefallen, wenn man Staus produziere.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt enthalten habe, unter anderem auch deshalb, weil ihm Informationen gefehlt haben. Man habe in der Fraktion ohne Ideologie nachgedacht und sei sich einig, dass man die gesamte Stadt im Blick haben müsse und solch eine Maßnahme nicht zielführend sei. Er werde bei der nächsten Abstimmung gegen diese Maßnahme stimmen. Man brauche diese Hauptschlagader, damit die Stadt erreichbar bleibe.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) ist der Ansicht, dass die Verwaltung einen spannenden Vorschlag gemacht habe. In diesem Bereich gebe es bisher keine funktionierende Radwegeverbindung. Man werde natürlich Einschränkungen für den Autoverkehr bekommen, wenn man die Spuren für den Radverkehr wegnehme. Sie halte dies aber für eine moderate Einschränkung. Man habe nur begrenzten Platz in der Stadt und deshalb müsse man sich entscheiden, ob man am Ziel 25 % Radverkehr festhalten wolle oder ob dies nur eine Zahl sei, die man auf ein Papier geschrieben habe.

Stadtrat Ansbacher (SPD) vertritt die Meinung, dass man bei solchen Maßnahmen auch die Bürgerschaft bei der Abwägung beteiligen und um Verständnis werben müsse. Man habe für die Radspuren gestimmt. Aber man habe auch gesagt, dass man noch offene Fragen habe, die geklärt werden müssen.

Bürgermeister von Winning versteht die Probleme mit der Münchner Straße nicht. Die Münchner Straße sei eine Straße, mit einer Größenordnung vom 17.000 bis 20.000 Fahrzeugen. Dies sei etwas mehr als die Neue Mitte. Man werde jetzt die Maßnahme weiter untersuchen und dann über eine Umsetzung entscheiden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) merkt an, dass man am **City-Bahnhof** eine Perspektive für die bessere Erreichbarkeit der Gleise und einen Neubau des Gebäudes brauche.

## **Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm**

Stadtrat Ansbacher (SPD) möchte wissen, wie das Müllaufkommen in Folge der **"To-go-Geschichten"** gestiegen sei.

Oberbürgermeister Czisch sagt eine schriftliche Antwort durch die Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm zu.

Stadtrat Eichhorn (FWG) stellt den **Geschäftsordnungsantrag** "Ende der Rednerliste".

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Czisch schlägt vor, die aufgetauchten Detailfragen schriftlich zu beantworten.

Hier erhebt sich kein Widerspruch.

### **III. Zuschussverzeichnis**

Stadtrat Eichhorn (FWG) bringt vor, dass die FWG-Fraktion, wie bei den anderen Fachbereichen, auch bei den Zuschüssen den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, gegen eine Indexierung (1,5 %) sei.

### **IV. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2020 (GD 970/20)**

#### **Antrag 227/20 der CDU/UfA-Fraktion vom 17. November 2020**

Fahrradverkehr in Ulm / Sanierungsvorhaben - Knotenpunkt Herrlinger Straße / Einsteinstraße/Jägerstraße

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass es sich hier um eine größere Maßnahme handle. Bezüglich der Einsteinstraße werde man in den nächsten Jahren über eine Sanierung reden. Eventuell spiele die Einsteinstraße auch eine Rolle bei einer möglichen Verlängerung der Straßenbahn zur Kohlplatte. Deshalb schlage er vor, aufzuzeigen, welche kurzfristigen Verbesserungen mit einfachen Mitteln möglich wären. Von einem grundsätzlichen Umbau würde er zum jetzigen Zeitpunkt absehen.

Oberbürgermeister Czisch schlägt vor, diesen Antrag in den Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt zu verweisen. Es handle sich nicht um eine finanzpolitische Frage.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) bringt vor, dass man auch bei der Böfinger Steige eine Radwegeverbindung wolle.

Man beantrage deshalb 1 Mio. € echte Investitionsmittel für den Radwegebau in den Haushalt einzustellen. Als Deckungsvorschlag schlage man Mittel aus der Straßensanierung vor. Er bitte über diesen Antrag abzustimmen.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) unterstützt diesen Antrag.

Dieser Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen

abgelehnt.

Der **Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt** sowie das **Zuschussverzeichnis** (einschließlich der Liste der weitergehenden Zuschussanträge - GD 905/20) den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, werden (bei 3 Nein-Stimmen bezüglich der Indexierung beim Zuschussverzeichnis) dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV (4), SUB (4), FR, GM (4), FW, Fachbereichspersonalrat, ZSD/P, OV (8), ZSD/F (3), RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 2. Dezember 2020

öffentlich

§ 396

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2021

- Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung und Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
  - Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -

Beratungsgrundlage sind die

1. GD 901/20 (Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2021 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024),
2. GD 903/20 (Vorbericht),
3. GD 904/20 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2021),
4. GD 905/20 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2021 berücksichtigt sind),
5. GD 906/20 (Stellenplan 2021),
6. GD 910/20 (Übersicht zum Programm Bildungsoffensive),
7. GD 911/20 (Entwurf Indexierung der Zuschüsse zum Haushaltsplanentwurf 2021),
8. GD 916/20 (Ergänzungsliste zum Stellenplan 2021),
9. GD 970/20 (Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2021)

Die Beratungsunterlagen sind - soweit nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 19. November 2020, § 99, beigefügt - Anlage zu dieser Niederschrift.



Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint Präsentation den Haushalt 2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2020 - 2024.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass der Hauptausschuss sich Gedanken darüber mache, woher das Geld komme. Der Haushalt weise ein Defizit in Höhe von 14 Millionen Euro auf und sei eigentlich nicht genehmigungsfähig. In der Krise seien Kommunen Stabilitätsfaktoren. Ulm habe eine niedrige Arbeitslosigkeit, wobei man bei der Kurzarbeit genau hinsehen müsse. Gut sei, dass die Wirtschaft in Ulm diversifiziert sei, d.h. man sei nicht von einzelnen Branchen abhängig. Richtig sei die Ausrichtung in Richtung Wissenschaftsstadt. Die Anträge bei Bund und Land sollten noch möglichst vor Weihnachten gestellt werden. Nötig seien zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Ulmer Region setze diese Impulse. In der Stadtkasse bedeuten mehr Ausgaben Kreditaufnahmen. Nötig seien Maßhalten, Stabilität sowie eine gesellschaftliche und kulturelle Mindestversorgung. Nicht alle Veranstaltungen werde man auf 2022 legen können. Vorrang werden die Privaten haben, weil diese den wirtschaftlichen Erfolg brauchen. Man habe einen ersten Schritt in der Konsolidierung gemacht. Seiner Meinung nach sollten die Budgets festgeschrieben werden. Die Fachbereichsausschüsse sollen selbst entscheiden, an welcher Stelle sie die Budgetziele erfüllen können. Nicht sinnvoll sei es, das "faule Ei" dem Finanzbürgermeister zuzuschieben. 0,5 % müsse ein Fachbereich hinkriegen. Die Steuereinnahmen werden sicher in den nächsten Jahren zurückgehen. Die Staatsquote sei im letzten Quartal um 19 % gestiegen. Die Schuldenentwicklung werde in den nächsten Jahren Bund und Ländern Probleme bereiten.

## **I. Bereich Oberbürgermeister**

### **Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis**

Stadtrat Eichhorn (FWG) erinnert daran, dass die Stadt 2010 die Finanzkrise gut überwunden habe. Bisher sei in Ulm eine vernünftige Haushaltspolitik gemacht worden, weshalb die Stadt auch so gut dastehe. Auch heute brauche man eine vernünftige Haushaltspolitik. Aufgabe werde es sein, von dem vorhandenen Schattenhaushalt herunterzukommen. Die städtischen Angebote müssen überprüft werden, nur so sei eine Konsolidierung möglich. Man mache einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 0,5 %. Von Sparvorschlägen habe er bisher nichts gehört.

Ein großes Anliegen sei seiner Fraktion die Personalpolitik. 2021 werde die Stadt 79 zusätzliche Stellen haben. Das bedeute Personalkosten in Höhe von 7,5 Millionen Euro. Solche Steigerungen seien künftig nicht mehr möglich. Bei den vorliegenden Anträgen sehe er keinen Sparwillen. 2021 sollte es über die Beschlüsse im Stellenplan hinaus keine Neueinstellungen geben. Nicht sinnvoll sei eine Wiederbesetzungssperre. Ziel sei die Eindämmung der Personalkosten. Der Gemeinderat müsse über jede neu zu schaffende Stelle informiert werden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) ist ebenfalls der Auffassung, dass eine Aufgabenkritik sinnvoll sei. Die Aufgaben hätten alle ihren Sinn. Nun werde man unpopuläre

Entscheidungen treffen müssen. 0,5 % könne jeder Fachbereich heraus schwitzen. Klar müsse sein, dass mit weniger Personalkosten nicht dasselbe Ergebnis erzielt werden könne wie mit mehr. Bisher habe die Konsolidierung anders funktioniert. Besser sei es, wenn man die kleinen Veränderungen zu Lasten der Allgemeinen Finanzmittel vornehme, aber gleich mit der Aufgabenkritik starte. Ein pauschaler Ansatz sei nicht sinnvoll. Evtl. werden heutige Einsparungen später teurer werden (z.B. Straßen- und Brückensanierung). Substanzerhaltung müsse vor Neubauten gehen.

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) mit einer klaren finanzpolitischen Botschaft gestartet sei und dann aber bei der Auffassung gelandet sei, dass man eigentlich nicht sparen wolle. Konsolidierungsvorschläge in Höhe von 0,5 % seien kein Problem. Bei der Aufgabenkritik werde es unangenehm, sobald es konkret werde.

Stadträtin Kühne (SPD) bemerkt, dass Kommunen Stabilitätsfaktoren seien. Sie lobt die Mitarbeitenden in den Kommunen für ihre Arbeit.

Stadtrat Ried (FWG) bemerkt, dass er beim Haushaltsplan manche Dinge nicht nachvollziehen könne, z.B. Besucherzahlen Ulmer Museum, Theater Ulm, Defizit Donaabad. Corona sei vielfach nicht berücksichtigt worden.

An Stadtrat Ried (FWG) gewandt, trägt Erster Bürgermeister Bendel Folgendes vor: Wo es Prognosen und Informationen gegeben habe, habe man bei den Einnahmeansätzen Abschlüsse gemacht, z.B. bei der Einkommensteuer. Beim Donaabad sei ein höherer Verlustausgleich eingeplant worden. Die Verwaltung habe weitgehend realistisch geplant.

Oberbürgermeister Czisch räumt ein, dass es im Haushaltsplan Untiefen gebe, weil man vieles nicht genau wisse. Beispiel: Defizit von 3,2 Millionen Euro beim Donaabad. Die Haushaltsplanaufstellung erfolge bereits im Sommer. Unklar sei, ob es sinnvoll sei, die Eislaufanlage zu öffnen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) ist der Ansicht, dass der Hauptausschuss auch der Sicherheitsausschuss sei. Trotz Krise habe man in Ulm einen resilienten Haushalt. Er spricht die **Obdachlosen** an, die in der Pandemie besonders gebeutelt seien. Sinnvoll sei es, in den kalten Nächten, Parkhäuser zur Verfügung zu stellen. Er spricht das Thema "Erfrierungsschutz" an. Vielfältige Angebote entfallen corona-bedingt (Wärmestuben, warmes Mittagessen usw.).

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) bemerkt zu den Wohnungslosen im Winter Folgendes: Das "Ulmer Nest" seien nur zwei Plätze pro Nacht. Das DRK-Übernachtungsheim sei sehr niederschwellig.

Bürgermeisterin Mann informiert den Hauptausschuss über die Situation beim Erfrierungsschutz. Einen Engpass gebe es bei den Wärmestuben und bei der Ausgabe von warmem Essen. Es gebe ein Landesprogramm für die Unterstützung von wohnungslosen Menschen. Es seien für ganz Baden-Württemberg 400.000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Bei der Anmietung von Hotels oder Pensionen habe man Probleme.

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass er den im Bereich Wohnungslose aktiven Organisationen Hilfe bei Problemen angeboten habe. Warmes Essen und warme Stuben seien corona-bedingt schwierig. Es fehlen auch Spenden.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) berichtet, dass das Deutsche Rote Kreuz (DRK) alte Schlafsäcke sammle. Ein Problem sei, dass die genauen Zahlen der Bedürftigen nicht bekannt seien. Der Vorschlag sei, in den kalten Nächten und Wochen Turnhallen zur Verfügung zu stellen oder in wenig besetzten Parkhäusern Raum verfügbar zu machen. Das Problem sei die Reduzierung der Aufwärmzeiten.

Stadträtin Kühne (SPD) spricht das Thema "**Kleingärten**" an. Wartelisten seien 2021 vermutlich corona-bedingt um 50 % verlängert worden. Hierzu bittet sie um einen Bericht im Hauptausschuss oder im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt. Evtl. wäre es sinnvoll, kleinere Gärten auszuweisen.

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass es jüngst ein Kleingartenkonzept gegeben habe. Manche Kleingärten seien sehr groß. Die sozialpolitische Funktion von Kleingärten sei in verdichteten Räumen hoch.

Die Leiterin der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung, Frau Oelmaier, berichtet, dass sich seit Corona die Wartelisten für Kleingärten verlängert haben. Momentan decke das Angebot den Bedarf nicht. Es gebe Gespräche mit der Stadtplanung, dass aus Restflächen von Baugebieten Kleingärten gemacht werden sollen. Bei Wegfall Sorge man für Ersatz. Kleingärten machen der Verwaltung aber viel Arbeit. Sinnvoll seien Kriterien für die Vergabe.

Stadträtin Kühne (SPD) trägt zum Thema "**Wald**" Folgendes vor: Das Potential in Richtung Renaturierung/Artenvielfalt sollte noch mehr ausgeschöpft werden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) spricht das Thema "Ausbildung von Waldarbeitern/innen" an.

Herr Wittlinger (Sachgebietsleitung Forstwirtschaft) weist auf die Zwischenrevision hin. Im 10-Jahresplan werden die Ziele festgelegt. Bisher habe das die Forstverwaltung selbst gemacht. Nun sollte aber der Gemeinderat mit eingebunden werden. 7 % des Stadtwaldes seien außerhalb der Nutzung. Der Gemeinderat könnte ein "Mehr" beschließen. Naturwald spare Kosten. Anschließend erläutert er die Situation bei der Ausbildung. Für die nächsten Jahre sei ein Ausbildungspakt geschlossen worden.

Zum Vorschlag von Stadträtin Malischewski (FWG), zusätzliche Waldarbeiter/innen einzustellen: Ziel sei es, den Krankenstand von 20 % aufzufüllen.

Daraufhin werden der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Oberbürgermeister - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

## **II. Bereich Zentrale Steuerung und Dienste**

### **Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis**

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Daraufhin werden der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Zentrale Steuerung und Dienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

## **III. Bürgerdienste**

### **Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis**

#### **Corona**

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, lobt die Arbeit der Bürgerdienste in der Pandemie. Diese arbeiten seit März bis in die Abendstunden hinein und am Wochenende. Die Mitarbeitenden, die als Dank für ihr großes Engagement einen City-Gutschein bekommen haben, hätten sich sehr darüber gefreut. Auch im Schlachthof und bei den Entsorgungsbetrieben sei viel geleistet worden.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) schließt sich diesem Dank an. Auch die Situation rund um die Demonstrationen sei nicht leicht händelbar.

#### **Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs**

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) bemerkt, dass seine Fraktion froh sei, dass endlich die Personalstellen bei der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs aufgestockt worden seien. Außerhalb der Kernstadt gebe es großen Nachholbedarf.

#### **Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)**

Stadtrat Ansbacher (SPD) spricht den Antrag der SPD zum Thema "KOD" an. Aufgrund der aktuellen Situation gebe es dort eine Aufgabenfülle.

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass acht Leute im Außendienst seien. Ein Problem sei, dass der KOD kein Ersatz für die Landespolizei sei. Mit dem Polizeipräsidium müsse man wegen der Sichtbarkeit auf der Straße Kontakt halten. Der KOD sei massiv aufgestockt worden. Jetzt gelte in den Fußgängerzonen Maskenpflicht. Mit der Landespolizei werde geklärt, wie der Kontrolldruck erhöht werden könne. Im Januar/Februar 2021 werde es einen Bericht im Hauptausschuss hierzu geben.

Stadträtin Malischewski (FWG) bemerkt, dass die Landespolizei nun auch noch die Maskenpflicht kontrollieren solle, aber dort fehle das Personal. Man könne nicht alles auf die Landespolizei schieben. Die Stadt müsse Lösungen suchen, weil sich die Bevölkerung nachts nicht mehr auf die Straße traue. Ein Treff mit allen Akteuren sei leider abgesagt

worden.

Daraufhin werden der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Bürgerdienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

#### **IV. Allgemeine Finanzmittel**

##### **Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt**

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

#### **V. Gesamthaushalt**

##### **Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan**

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan) wird - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat mit den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung empfohlen.

#### **VI. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2020**

##### **Indexierung der Zuschüsse an soziale, kulturelle und andere gemeinnützige Einrichtungen (Antrag Nr. 149/19 der GRÜNE-Fraktion)**

Stadtrat Eichhorn (FWG) bringt zur Indexierung der Zuschüsse Folgendes vor: Seine Fraktion habe alle Beschlüsse zur Indexierung mit 1,5 % abgelehnt. Es werde zusätzliche Belastungen für den Haushalt geben. Die FWG habe vorgeschlagen, bei den Familienzentren keine Kürzungen vorzunehmen. Ihr Konsolidierungsbeitrag sei, dass man die 50.600 Euro mit diesen 1,5 % einspare. Bei den einzelnen Beschenkten mache es nicht viel aus, wohl aber in der Gesamtheit.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) bringt vor, dass seine Fraktion bei der Indexierung ein Durchhalten der 1,5 % für sinnvoll halte. Bei der IT soll aufgezeigt werden, ob die Personalaufstockung im Zuge der Roadmap "Digitale Verwaltung" ausreiche.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) teilt die Auffassung von Erstem Bürgermeister Bendel und Stadtrat Eichhorn (FWG). Seine Fraktion gehe beim Dynamisierungsvorschlag von 1,5 %

mit. Er erinnert an die Beschlüsse des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales.

Der Verwaltungsvorschlag zur Indexierung bei vorgeschlagenen Zuschussempfängern wird angenommen.

### **Jugend aktiv stärken (Antrag Nr. 235 der SPD-Fraktion)**

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) erläutert den SPD-Antrag Nr. 235 ("Jugend aktiv" stärken).

Oberbürgermeister Czisch ist von "Jugend aktiv" ebenfalls begeistert. Hier sei eine Stabilisierung sinnvoll. Frau Schmid mache eine gute Arbeit. Junge Leute sollen aktiv werden. Bei Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten müsse das der OB-Bereich mit dem eigenen Budget lösen. Die neuen Formate mobilisieren die jungen Leute mehr als früher.

Die Verwaltung schlägt vor, erst einmal abzuwarten und sieht keinen Bedarf an einer Erhöhung.

### **Team IT stärken (Antrag Nr. 239 der SPD-Fraktion)**

Stadträtin Kühne (SPD) trägt zur Konsolidierung Folgendes vor: Man müsse aufpassen, dass man nicht der Feuerwehr das Wasser abstelle. Das Personal müsse richtig arbeiten können. Deshalb habe die SPD den Antrag Nr. 239 ("Team IT" stärken) gestellt. Die Krise habe die Schwachstellen aufgezeigt. Es gebe gravierende Defizite. Im IT-Bereich gebe es viele offene Stellen und kaum Ausbildungsplätze. Die IT sichere die Qualität der gesamten Arbeit. Ulm liege nun bei den Smart-Cities auf Platz 16. Die Verwaltungsstruktur müsse noch mehr reformiert werden. Im Grunde bräuchte jede Schule einen eigenen IT-Administrator. Heute müsse hierzu keine Entscheidung getroffen werden. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass die Stadt Ulm ein finanzielles Polster geschaffen habe. Deshalb könne man jetzt etwas wagen.

Oberbürgermeister Czisch stellt klar, dass der Bedarf der Budgets um 8 Millionen Euro gesteigert werde und man mache 14 Millionen Euro Verlust. Er erinnert an frühere Konsolidierungsrunden. Nun gehe es darum, die Budgets im Wesentlichen in Grenzen zu halten. Er berichtet über den personellen Ausbau im IT-Bereich. Zusätzliches Personal wirke sich auch auf die zentralen Funktionen aus.

Anschließend befasst sich Erster Bürgermeister Bendel mit dem Thema "IT-Ausstattung".

Oberbürgermeister Czisch ergänzt, dass im Datenverarbeitungsverbund Baden-Württemberg die meisten großen Fachverfahren seien. Bei der Abteilung Zentrale Steuerung und Dienste/Team-IT gehe es u.a. um die IT-Infrastruktur. Der Support müsse deutlich verbessert werden.

Auf die Frage von Stadtrat Ansbacher (SPD) zur IT-Struktur trägt er Folgendes vor: Vor 20 Jahren habe man die Basis-Infrastruktur zusammengelegt und die SWU-TeleNet gegründet. Im städtischen Block sei die Digitale Agenda. Zum OB-Bereich gehören: Digitale Stadt, Smart-City, Verschwörhaus. Dann gebe es die städtische IT, die bei

Erstem Bürgermeister Bendel angesiedelt sei. Es gebe den Datenverarbeitungsverbund, wo die Rechenzentrumsleistungen für ganz Baden-Württemberg zusammengefasst seien. Die städtische IT Sorge dafür, dass die Anwendungen bei den städtischen Abteilungen funktionieren. Er sehe keinen Konsolidierungs-, aber einen erhöhten Abstimmungsbedarf. Ein Problem sei, im IT-Bereich gute Leute zu finden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass man den 5-Jahresplan innerhalb der Roadmap habe. Sie rechnet in den Jahren 2022 und 2023 mit zusätzlichen Personalbedarfen.

## **Weitergehende Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2020**

Erster Bürgermeister Bendel stellt anhand einer Übersicht die weitergehenden Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2021 wie folgt vor:

### Fachbereich Bildung und Soziales:

#### **Antrag Nr. 149 der GRÜNE-Fraktion: Indexierung der Zuschüsse an soziale, kulturelle und andere gemeinnützige Einrichtungen**

Mehrheitlich sei beschlossen worden, dem differenzierten Verwaltungsvorschlag zuzustimmen mit der Erweiterung um die Schulsozialarbeit. Insgesamt bekommen ausgewählte Zuschussempfänger eine Indexierung mit 1,5 %. Da hätten sich auch die anderen Fachbereichsausschüsse angeschlossen. Die Erweiterung um die Schulsozialarbeit bedeute Mehrkosten in Höhe von ca. 12.000 €. Die Indexierung bedeute insgesamt Mehrkosten in Höhe von 64.000 €.

#### **Antrag Nr. 233 der CDU/UfA-Fraktion, SPD-Fraktion und GRÜNE-Fraktion: Förderprogramm für Kindertageseinrichtungen mit hohem Anteil von Familien mit Unterstützungsbedarf**

Mehrheitlich sei beschlossen worden, hierfür 100.000 € in den Haushalt aufzunehmen.

#### **Anträge Nr. 234 der FWG-Fraktion und Nr. 238 der CDU/UfA-Fraktion und SPD-Fraktion: Keine Kürzung bei Kinder- und Familienzentren:**

Dieser Antrag sei mit Stimmenmehrheit angenommen worden, was zu Mehrkosten in Höhe von 30.000 € führe.

#### **Antrag Nr. 237 der SPD-Fraktion: Familienhebamme - 100%-Stelle:**

Dieser Antrag sei mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Er folgert, dass es unter dem Strich 130.000 € Mehrkosten im Fachbereich Bildung und Soziales bedeute.

### Fachbereich Kultur

#### **Antrag Nr. 149 der GRÜNE-Fraktion: Indexierung der Zuschüsse an soziale, kulturelle und andere gemeinnützige Einrichtungen**

Der Verwaltungsvorschlag zur Indexierung bei vorgeschlagenen Zuschussempfängern sei

angenommen worden.

**Antrag Nr. 231 der SPD-Fraktion: HfG-Archiv - Schaffung einer zusätzlichen Sachbearbeiterstelle**

Dieser Antrag sei bei Stimmengleichheit abgelehnt worden.

**Antrag Nr. 236 der SPD-Fraktion: Feuerwehrjubiläum vorbereiten**

Die Verwaltung habe zugesagt, dass sich die zuständige Abteilung um dieses Thema kümmern werde.

**Antrag Nr. 241 der SPD-Fraktion: Unterstützung für ein Kooperationsprojekt mit der Wilhelm-Busch-Schule/Theater Ulm**

Die Verwaltung habe zugesagt, dieses Projekt im Rahmen des Haushaltsvollzuges umzusetzen.

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

**Antrag Nr. 149 der GRÜNE-Fraktion: Indexierung der Zuschüsse an soziale, kulturelle und andere gemeinnützige Einrichtungen**

Der Verwaltungsvorschlag zur Indexierung bei vorgeschlagenen Zuschussempfängern sei angenommen worden.

**Antrag Nr. 227 der CDU/UfA-Fraktion: Fahrradverkehr in Ulm/Sanierungsvorhaben - Knotenpunkt Herrlinger Straße/Einsteinstraße/Jägerstraße**

Hierfür soll 1 Million mehr zur Verfügung gestellt werden für die Fahrradinfrastruktur. Der Antrag sei bei Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Daraufhin werden die weitergehenden Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2021

- Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

Erster Bürgermeister Bendel berichtet im Anschluss daran, dass über folgende Punkte gesprochen worden sei:

**Globale Minderausgabe**

Die Mehraufwendungen, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen aufgetreten sind, sollen im jeweiligen Budget auch gegenfinanziert werden, sofern das nicht konkret benannt sei, dass eine Globale Minderausgabe im jeweiligen Budget angesetzt worden ist. D. h., dass für das Fachbereichsbudget im Teilhaushalt Bildung und Soziales eine Globale Minderausgabe in Höhe von 130.000 € im Haushaltsplan 2021 festgesetzt worden sei. Der Fachbereich Bildung und Soziales habe die Aufgabe, konkrete Minderaufwendungen zu benennen.



## **Konsolidierung Personalkosten**

Die Verwaltung bekommt den Auftrag, den mehrjährigen Konsolidierungsprozess durchzuführen und das strukturelle Defizit in den Jahren 2022 und 2023 auszugleichen. Innerhalb dieses Prozesses soll die Verwaltung den Auftrag erhalten, den Anstieg des Personalaufwandes zu begrenzen. Instrumente hierfür seien z. B. die Wiederbesetzungssperre oder Deckelung des Personalaufwandes durch Verzicht auf die Schaffung neuer Stellen. Das müsse auch mit dem Thema "Aufgaben- und Vollzugskritik" verbunden werden und dem Gemeinderat im Rahmen des Konsolidierungsprozesses zur Entscheidung vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Czisch betont, es gehe darum, die vom Gemeinderat beschlossenen Konsolidierungsvorgaben im Fachbereich zu belassen. Es gehe ferner darum, dass man nicht das Signal senden dürfe, dass über diesen Weg das Budget erhöht werde. Man müsse Haushaltsdisziplin üben. Die Konsequenz könne nicht sein, dass der Finanzbürgermeister bezahle. Es gehe um die Disziplin des Verfahrens.

Stadtrat Joukov-Schwelling (GRÜNE) bringt Folgendes vor:

1. Seine Fraktion werde diesem Vorschlag nicht zustimmen, aber seine Fraktion werde Konsolidierungsmaßnahmen beschließen.
2. Für ihn sei der zweite Vorschlag unklar.

Stadtrat Eichhorn (FWG) ist mit dem Vorschlag der Verwaltung zur Konsolidierung der Personalkosten einverstanden.

Zur Globalen Minderausgabe: Es sei fair, dass der Fachbereich, der zusätzliche Mittel brauche, diese auch aus seinem eigenen Budget bestreiten soll. Die Budgets an sich seien festgeschrieben. Verschiebungen seien innerhalb eines Fachbereiches möglich.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) folgert, dass eine Nicht-Zustimmung zu den Globalen Minderausgaben bedeuten würde, dass die vorhin beschlossenen Anträge aus den Allgemeinen Finanzmitteln bestritten würden.

Stadtrat Bühler (FWG) weist darauf hin, dass man negative Finanzmittel habe. Nicht sinnvoll sei es, dafür Schulden zu machen. Das könne bei einer negativen Zuführungsrate von 14 Millionen € nicht sein.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) ist der Ansicht, dass man den Konsolidierungsprozess anschauen müsse. In den nächsten Jahren werden Konsolidierungen nötig sein. Sie bittet, den Gemeinderat rechtzeitig einzubinden.

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass es bei der Indexierung jedes Jahr eine Diskussion gebe. Der Konsolidierungsbeschluss müsse umgesetzt werden. Ihm gehe es um das Prinzip.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung lässt er über folgende Anträge abstimmen:

- 1.1 Die Behandlung der 100.000 € (Mehraufwand von Antrag Nr. 233, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde) als Globaler Minderaufwand sowie die Deckung über Minderaufwand im Fachbereichsbudget, zu beschließen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit

abgelehnt.

1.2 Die Behandlung der 30.000 € (Mehraufwand von Antrag Nr. 234 und 238) als Globale Minderausgabe sowie die Deckung über noch zu definierenden Minderaufwand im Fachbereichsbudget zu beschließen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit

beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den strukturellen Konsolidierungsprozess einen Vorschlag zu erarbeiten, der den weiteren Anstieg des Personalaufwandes begrenzt. Mit dem Vorschlag werden mögliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Wiederbesetzungssperren oder eine Deckelung des Personalaufwandes, durch Verzicht auf neue Stellenschaffungen geprüft und dem Gemeinderat im Rahmen des Konsolidierungsprozesses zur Entscheidung vorgelegt.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit (bei 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

beschlossen.

Ergebnis:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2021 (GD 901/20) und den Stellenplan (GD 906/20) unter Berücksichtigung der Ergänzungsliste zum Stellenplan 2021 (GD 916/20) und den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a. Im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2021 Kredite zu den jeweils günstigsten Konditionen aufzunehmen.
- b. Für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2021 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigsten Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.
- c. Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen, zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD (Frau Yilan), OB/B, LI (3), ZSD/P, GPR, ZSD/F, RPA, 902/07

Niederschrift über die Verhandlung  
des Hauptausschusses  
des Gemeinderats  
vom 2. Dezember 2020

öffentlich

§ 397

Vorberatung des Entwurfs der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 - 2024,  
Investitionsprogramm, Fortschreibung Investitionsstrategie 2020 - 2029 und Strukturelle  
Haushaltskonsolidierung 2021 - 2023

Beratungsgrundlage sind die

1. GD 902/20 (Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 - 2024),
2. GD 955/20 (Investitionsstrategie 2020 - 2029).

Die GD 902/20 bildet eine Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 19. November 2020, § 99. Die GD 955/20 ist Anlage zu dieser Niederschrift.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, weist auf den in der Beschlussvorlage dargestellten Sachverhalt hin.

Daraufhin wird - Widerspruch wird nicht erhoben -

beschlossen,

beim Gemeinderat zu beantragen:

Den Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 - 2024 (GD 902/20) und die Investitionsstrategie 2020 - 2029 zur Finanzplanung 2020 (GD 955/20) zu beschließen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD (Frau Yilan), OB/B, ZSD/P, ZSD/F, RPA, 902/0